

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1.20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung u. Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Drabergstr. 2-5. — Fernruf: Ami Wilhelm 5646 u. 5647

Nummer 49

Berlin, den 6. Dezember 1930

5. Jahrgang

Finanzlage der Arbeitslosenversicherung.

Seit über zwei Jahren ist die Arbeitslosenversicherung zu einem entscheidenden Finanzproblem in der Gestaltung des Reichshaushalts geworden. Auf Grund der Darlehenspflicht, die § 163 WVBG. grundsätzlich dem Reiche auferlegt, wenn die Höchstbeiträge der Reichsanstalt den Bedarf nicht decken, mußten gewaltige Summen an die Versicherung abgeführt werden, als die Entwidlung des Arbeitsmarktes alle an die Festlegung des Höchstbeitrages (ursprünglich 3 Proz. des Lohnes) geknüpften Erwartungen über den Haufen warf. So kam es, daß bis zum 31. März 1930 die Reichsanstalt gegenüber dem Reich mit rund 624 Millionen Reichsmark verschuldet war. Diese Schuldsomme ist erst in der letzten Zeit durch den Reichsfinanzminister niedergeschlagen worden, da mit einer Rückzahlung selbstverständlich nicht mehr gerechnet werden konnte. Im laufenden Geschäftsjahr wurden durch das Finanzgesetz vom 28. April 1930 und später durch die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juni 1930 in den Reichsetat sowohl Zuschüsse wie Darlehen eingestellt. 184 Millionen Reichsmark sollten als Zuschuß gewährt werden, zu denen noch 50 Millionen Reichsmark aus den Industrieobligationen hinaufkamen. Daneben wurde der an Darlehen zu gewährende Betrag auf 140 Millionen Reichsmark begrenzt. Des weiteren wurden die Beiträge, die bereits ab 1. Januar 1930 3½ Proz. betragen hatten, ab 1. August 1930 auf 4½ Proz. und ab 6. Oktober auf 6½ Proz. des Lohnes erhöht. Die letzte Erhöhung erfolgte auf Grund des Artikels 4 der Notverordnung, in dem ausgesprochen war, daß, falls der Bedarf der Reichsanstalt ihre eigenen Mittel und die vorgelegenen Zuschüsse und Darlehen übersteigt, das Reich für dieses Haushaltsjahr die Hälfte des Mehrbedarfs an Zuschuß zu gewähren hat und der Rest durch Erhöhung oder Abstufung der Beiträge zu decken sei. Da sich ergeben hatte, daß bei Aufrechterhaltung des 4½prozentigen Beitragssatzes unter Inanspruchnahme der im Reichsetat vorgesehenen Darlehen und Zuschüsse der Fehlbetrag der Arbeitslosenversicherung im Winter 1930/31 400 Millionen Reichsmark ausmachen würde, so beschloß man die Beitragserhöhung auf 6½ Proz., mit der annähernd die Hälfte dieses Fehlbeitrages für den Rest des Geschäftsjahres (also bis 31. März 1931) ausgeglichen werden kann. Für die andere Hälfte muß erneut das Reich die Mittel zur Verfügung stellen.

Man könnte also sagen, daß die Balance der Reichsanstalt mindestens für das laufende Jahr sichergestellt wäre; jedoch trifft diese Auffassung nur dann zu, wenn das Ausmaß der Arbeitslosigkeit bzw. der Zuwachs an Hauptunterstützungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung im Winter die Schätzungen nicht übersteigt. Die Reichsanstalt rechnet mit einer Durchschnittszahl von 2,24 Millionen Hauptunterstützungsempfängern in den fünf Wintermonaten, wobei sie als Höhepunkt etwa die Zahl von 2,6 Millionen annimmt.

Besteht schon die Gefahr, daß diese Schätzungen sich als zu günstig erweisen, so erscheint doch die Finanzlage der Versicherung erst besonders bedrohlich, wenn man die weitere Entwicklung im nächsten Haushaltsjahr mit in Betracht zieht. Für das nächste Haushaltsjahr sind nämlich im Reichsetat, der ja nunmehr dem Reichstag zugehen wird, keinerlei Mittel mehr für Zuschüsse oder Darlehen für die Arbeitslosenversicherung eingestellt. Die Arbeitslosenversicherung ist, entsprechend der Forderung des Reichsfinanzministers, vom Reichsetat „abgehängt“ worden, d. h. sie soll den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben nur im Rahmen der Beitragssumme herbeiführen. Nun reicht der 6½prozentige Beitrag aus, um etwa 1,340 Millionen Hauptunterstützungsempfänger im Jahresdurchschnitt unterstützen zu können. Bei dieser wahrscheinlich ziemlich günstigen Schätzung ist schon in Betracht gezogen, daß der Aufwand der Versicherung pro Kopf und Monat durch die verschiedenen Reformen, d. h. Abbaugesetze, sich bereits von ursprünglich 9,16 auf 80 RM vermindert hat. Ist nun die Entwicklung des Arbeitsmarktes im nächsten Jahre ungünstiger, als den Schätzungen der Reichsanstalt entspricht — und man muß leider auch mit dieser Möglichkeit sehr ernsthaft rechnen —, so wird sich für die Versicherung ein ungedecktes Defizit ergeben, das nur durch Beitragserhöhung oder weiteren Leistungsabbau ausgeglichen werden könnte. Eine weitere Beitragserhöhung erscheint aber in der Zeit der sinkenden Löhne auch für die Arbeitererschaft ganz untragbar, abgesehen von der Frage, ob die Regierung einen solchen Beschluß überhaupt lassen würde. Die Gefahr des Abbaues der Leistungen ist also bei eintretender ungünstiger Entwicklung des Arbeitsmarktes ohne weiteres gegeben.

An können zum Glück nicht. Ist auch die öffentliche Diskussion über die Reform der Arbeitslosenversicherung etwas stiller geworden, nachdem man eingesehen hat, daß mit allen möglichen Einzelreformen sich der gesamte Aufwand nur gering einschränken läßt, da er eben durch das Ausmaß der Arbeitslosigkeit bestimmt ist, so werden doch manche Gedanken, wie etwa die Aufspaltung der Versicherung in berufliche oder gewerkschaftliche Gefahrenklassen, die Senkung der Verwaltungskosten, die Einführung einer allgemeinen Bedürftigkeitsprüfung, immer wieder von bleier oder jener Seite als Weilmittel angepöbeln. Es ist darum immerhin bemerkenswert, daß auch der Präsident der Reichsanstalt, Herr Dr. Syrup, in seinen im „Deutschen Volkswirt“ veröffentlichten Aufsätzen deutlich auf die Sinnlosigkeit derartiger Experimente hinweist. Zur Einführung von

Gefahrenklassen sagt er beispielsweise: „Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß bis zur Beruhigung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland eine volle Solidarität der gesamten deutschen Wirtschaft nicht entbehrt werden kann. — Alles in allem sind es also gerade finanzielle Gründe, die einer berufsmäßigen Aufteilung des Beitragssatzes zur Zeit entgegenstehen.“

Welche Ergebnisse bei einer Einführung beruflicher Gefahrenklassen zutage kommen würden, ergibt die angeführte Berechnung, wonach der Beitrag für Hausangestellte etwa 1 bis 1½ Proz., der für das Baugewerbe aber etwa 12 bis 15 Proz. betragen würde. Daß hier nur die solidarische Haftung aller Berufe die Aufrechterhaltung der Versicherung für die besonders Notleidenden gewährleistet, dürfte ohne weiteres einleuchten.

Auch von einer Senkung der Verwaltungskosten verspricht sich der Präsident der Reichsanstalt nichts, da diese Kosten bereits heute außerordentlich niedrig liegen (nur für die Arbeitslosenversicherung 4,2 Proz. und einschließlich der Kosten der Arbeitsvermittlung 6,85 Proz. der Gesamtausgaben). Die Einführung einer Bedürftigkeitsprüfung veranschlagt er mit etwa 2 Proz. Ersparnissen an den Gesamtausgaben.

Wollte man in der Versicherung wesentliche Ersparnisse durchzuführen, so müßte man schon an einen weiteren radikalen Abbau der Leistungen gehen. In Regierungskreisen wurde bereits der Plan erörtert, eine Senkung der Unterstützungssätze um 10 Proz. in den Wohlklassen VII bis XI durchzuführen. Das würde einer Ausgabenverminderung um etwa 100 Millionen Reichsmark gleichkommen. Des weiteren wird der Gedanke einer Verkürzung der Unterstützungsdauer von 26 auf etwa 18 Wochen erwogen, womit man rund 20 Millionen Reichsmark im Jahre sparen würde.

Es ist aber selbstverständlich, daß solche rigorosen Maßnahmen in erheblichem Maße nur eine Ueberwälzung der Lasten auf andere Stellen bedeuten würden. Starke Senkung der Unterstützungssätze hat zweifellos die Inanspruchnahme zusätzlicher Wohlfahrtsunterstützung zur Folge, wie das ja nach der Reduzierung der Unterstützungssätze in der Krisenfürsorge ebenfalls deutlich geworden ist. Eine Verkürzung der Unterstützungsdauer würde ein früheres Eintreten der Krisenfürsorge bedingen und damit dort die Lasten erhöhen. Die Spekulation der Verfechter solcher Vorschläge, wie der eben erörterten, geht jedoch dahin, möglichst viele Unterstützungsverpflichtungen von der Arbeitslosenversicherung auf die Krisenfürsorge und die kommunale Wohlfahrtspflege abzuwälzen, weil dort die Leistungen geringer und die Bedingungen des Unterstützungsbezugs schärfer sind. Die Versicherung würde bei Durchführung dieser Gedanken schließlich nur noch einen relativ kleinen Teil der Gesamtunterstützung in sich auffangen, ihr großer Wert für die Arbeitererschaft würde dementsprechend gemindert werden.

In der Krisenfürsorge besteht zudem leichter die Möglichkeit, durch einfachen politischen Machtakt die Leistungen zu brüden, wie dieses ja die letzte Verordnung über die Krisenfürsorge, durch die ein genereller Abbau der Leistungen durchgeführt wurde, zur Genüge bewiesen hat.

Demgegenüber haben die Gewerkschaften die Aufgabe, ihrerseits Vorschläge zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung zu

machen, die ohne Leistungsabbau und ohne Beitragserhöhung, möglichst aber auch ohne die politisch sehr schwierige Forderung nach Reichszuschüssen eine Balance der Versicherung herstellen könnten. Solche Vorschläge sind in der Tat auch, wenn auch bisher nur unverbindlich, d. h. ohne offizielle Stellungnahme der Gewerkschaften, gemacht worden, und zwar ist hauptsächlich an vier verschiedene Möglichkeiten gedacht: 1. nämlich an die Heranziehung der Beamten zu einem Sonderbeitrag in Höhe von 4 Prozent, der ihnen neben der geplanten Gehaltskürzung ebenso zugumuten wäre, wie den Arbeitern und Angestellten die Leistung der Sozialbeiträge trotz verminderter Löhne und Gehälter zugemutet wird; 2. die Heranziehung der Angestellten mit einem Jahresgehalt von über 3400 RM zum Arbeitslosenbeitrag; 3. die volle Erfassung des Angestelltenverdienens bei den versicherungspflichtigen Angestellten, die zur Zeit den Beitrag nur bis zu einer Jahresgehaltshöchstgrenze von 3600 RM zahlen; 4. die Aufhebung der Beitragsvorschriften in der Landwirtschaft. Nach den angestellten Berechnungen sollen die erste Maßnahme 340 Mill. Reichsmark, die zweite 80 Mill. RM, die dritte 20 Mill. RM und die vierte 35 Mill. RM, alle Maßnahmen zusammen also 475 Mill. RM erbringen, eine Summe, die zusammen mit dem Aufkommen aus dem 6½prozentigen Beitrag ausreichen würde, um etwa jahresdurchschnittlich 2,3 Millionen Arbeitslose zu unterstützen. Da mit einer solch hohen Zahl von arbeitslosen Unterstützungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung nicht zu rechnen ist, könnte die Reichsanstalt unter Umständen sogar Zuschüsse an die ergänzenden Unterstützungsrichtungen, wie die Krisenfürsorge, leisten.

Die Finanzlage der Krisenfürsorge ist ebenfalls außerordentlich trübe. Der gesamte im Etat zur Verfügung stehende Betrag von 400 Mill. RM zusätzlich der 100 Mill. RM aus Gemeindefonds ist trotz der teilweise völlig untragbaren Reduzierung der Leistungen nicht einmal ausreichend, die bereits vorhandene Zahl der Wohlfahrtsberechtigten (550 000 bis 600 000) ganz oder teilweise bei den Gemeinden abzulösen. Es entwickelt sich also die Unterstützungszahl in der Krisenfürsorge und die in der gemeindlichen Wohlfahrtspflege parallel nebeneinander, und man kann für den kommenden Winter wahrscheinlich mit 700 000 bis 800 000 Krisenunterstützungsempfängern, und mit vielleicht 900 000 Wohlfahrtsberechtigten rechnen. Hier muß die Frage auftauchen, ob es in diesem Stadium der Entwicklung noch Sinn hat, die Trennung zwischen Krisenfürsorge und Wohlfahrtspflege, die sich in ihren Leistungen und in ihrer Bedürftigkeitsprüfung heute kaum mehr (im Durchschnitt gesehen) voneinander unterscheiden, aufrechtzuerhalten, und ob nicht zweckmäßiger eine einzige finanziell gesunde Einrichtung zu schaffen ist, die, getragen durch die Zusammenarbeit zwischen Arbeitsämtern und Kommunen, die Unterstützung aller Arbeitslosen übernimmt, die keine Ansprüche an die Arbeitslosenversicherung stellen können.

Unter allen Umständen bleibt die Sicherstellung der Arbeitslosenunterstützung in ihren verschiedenen Formen eine ganz wesentliche Aufgabe nicht nur der Sozialpolitik, sondern allen politischen Handelns überhaupt, wenn die Ordnung des Staates und der normale Ablauf der Wirtschaft aufrechterhalten werden sollen bis zu dem Zeitpunkt, an dem es gelungen sein wird, eine Entlastung des Arbeitsmarktes herbeizuführen.

Helft mit beim Preisabbau!

Die schwere soziale Krise der Gegenwart bedroht immer weitere Kreise des deutschen Volkes mit Hunger und Elend. Sie erfordert gebieterisch den nachdrücklichsten Einfluß aller Abwehrkräfte. Neben die von den Gewerkschaften verlangte Verkürzung der Arbeitszeit und die anderen Maßnahmen zur Entlastung des überfüllten Arbeitsmarktes muß die Sorge um die Erhaltung der Massenkaufkraft treten. Nur auf diesem Wege kann die weitere Verschlechterung der Konjunktur verhindert und eine Wiederbelebung der Wirtschaft erfolgreich vorbereitet werden.

Ein scharfer Druck auf die Löhne und Gehälter aller Arbeitnehmerkreise hat bereits eine empfindliche Senkung der Lohn- und Gehältereinkommen herbeigeführt. Das Preisniveau dagegen hält sich immer noch auf einer nicht zu rechtfertigenden Höhe. Die von der Regierung eingeleitete Aktion zur Senkung der Preise muß wirksamer gehalten werden, insbesondere für die Lebensmittel und Gegenstände des notwendigen Massenbedarfs.

In Erkenntnis der Bedeutung dieser Aufgabe fordern die unterzeichneten Spitzenverbände alle ihre Unterorganisationen im ganzen Reich bis hinab zur kleinsten Gemeinde auf, sich an ihrer Durchführung tatkräftig zu beteiligen. Das Zusammenwirken aller gewerkschaftlichen Kräfte von Nord bis Süd, von Ost bis West kann den erhofften Erfolg bringen. Darum ergeht unser Ruf an alle unsere Mitglieder in Stadt und Land, in Industrie und Landwirtschaft, in Handel und Verkehr, in den Betrieben und Verwaltungen:

Organisiert eine gemeinsame Bekämpfung der unberechtigten hohen Lebenshaltungskosten! Stellt Euch den Behörden zur Verfügung!

Arbeite zusammen mit den Genossenschaften der Erzeuger und Verbraucher!

Fördert die direkten Beziehungen zwischen der Landwirtschaft, die die Lebensmittel erzeugt, und der Bevölkerung, die sie verbraucht!

Sichere Euch gegen Ueberbeteiligung durch ständige Kontrolle der Preise von Laden zu Laden, von Stadt zu Stadt! Vergleiche die Einkaufspreise mit den Verkaufspreisen, damit die Zwischenhandelsspanne verringert wird!

Stelle die Preise der Konsumvereine, der Warenhäuser und des Einzelhandels gegenüber! Veröffentlicht die billigsten Preise mit samt ihren Bezugsstellen, damit die Hausfrau weiß, wo sie am wohlfeilsten einkaufen kann!

Ruft die Hausfrauen auf, daß auch sie sich in den Dienst der Sache stellen!

Seid wachsam und regsam! Angesichts der furchtbaren Not ist jede tatkräftige und unselfische Mitarbeit notwendig und willkommen. Beteilige Euch an dem großen Werke, unseren Brüdern und Schwestern zu helfen und der deutschen Wirtschaft wieder die Grundlage zur Gesundung zu bereiten.

Berlin, den 22. November 1930.
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Allgemeiner freier Angestelltenbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, Allgemeiner Deutscher Lantenbund, Deutscher Beamtenbund

Durchführung der internationalen sozialpolitischen Übereinkommen.

Die internationalen Arbeitskonferenzen haben in den Jahren 1919 bis 1930 insgesamt 80 „Entwürfe von Übereinkommen“ aufgestellt, die als „Übereinkommen“ werden, sobald sie in Kraft treten. Die Regierungen müssen die Entwürfe den gesetzgebenden Körperschaften spätestens 18 Monate nach dem Schluß der Arbeitskonferenz vorlegen, die sie beschließen hat. Den Übereinkommen beizutreten oder nicht beizutreten steht den Staaten frei. Verbindlich werden sie, wenn der Beitritt durch Ratifikation stattgefunden hat. Die Ratifikation wird von dem Generalsekretär des Völkerbundes eingetragen.

Bis Oktober 1930 waren insgesamt 408 Ratifikationen vollzogen, verglichen mit 188 Ende 1928. In weiteren 28 Ratifikationen waren zum gleichen Zeitpunkt Regierungen verschiedener Staaten von ihren gesetzgebenden Körperschaften bereits ermächtigt, doch war die Ratifikation noch nicht erfolgt.

Von den 55 Mitgliedsstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation sind erst 38 internationalen sozialpolitischen Übereinkommen beigesteuert, darunter alle der Organisation angehörenden Staaten Europas mit Ausnahme von Italien. Rußland gehört der Organisation nicht an. Einige europäische Staaten haben nur wenige Übereinkommen ratifiziert, so z. B. Portugal 5, die Schweiz 6, Estland und Norwegen je 8.

Die meisten Ratifikationen weist Luxemburg auf, und zwar 25; zunächst folgen Bulgarien mit 23, der Freistaat Irland und Belgien mit je 20, Jugoslawien mit 19, Estland mit 18, Lettland mit 17, Deutschland, Frankreich, Italien und Rußland je 16, Großbritannien mit 15 Ratifikationen. Deutschland und Frankreich, die einige Jahre hindurch sehr zurückhaltend waren, haben in letzter Zeit eine beachtenswerte Ratifikationsfreudigkeit gezeigt. Deutschland ist bis Oktober 1930 folgenden Übereinkommen beigesteuert: Arbeitslosigkeit, Mutterschutz, Mindestalter in der Schifffahrt, Schiffsruheentlohnung, Arbeitslosigkeit der Seeleute, landwirtschaftliches Koalitionsrecht, landwirtschaftliche Unfallentschädigung, Mindestalter der Scholenzüchter und Geiger, ärztliche Untersuchung jugendlicher Seeleute, Entschädigung von Berufsfrankheiten, Gleichbehandlung in der Unfallentschädigung, Feuervertrag der Seeleute, Krankenversicherung (zwei Übereinkommen) und Mindestlöhne.

Weit langsamer als in Europa vollzieht sich der Beitritt zu den internationalen sozialpolitischen Übereinkommen in den außereuropäischen Ländern. Auffallend ist besonders, daß die meisten lateinamerikanischen Mitgliedsstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation keine Schritte zur Durchführung der arbeitsrechtlichen Beschlüsse der Internationalen Arbeitskonferenz tun. Das ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß in diesen wirtschaftlich vorwiegend noch auf primitiver Stufe stehenden Gemeinwesen das Bedürfnis nach einem besonderen Schutz der unselbständig erwerbstätigen Menschen noch nicht anerkannt wird. In diesen Staaten, die sich bisher an der Durchführung der arbeitsrechtlichen Beschlüsse der Internationalen Arbeitskonferenz desinteressiert zeigten, gibt es zweifellos eine zahlreiche Lohnarbeiterschaft, die unter höchst ungünstigen Bedingungen lebt und arbeitet und des Schutzes bedürftig, aber sie ist unorganisiert und, wie man annehmen darf, auch im allgemeinen noch wenig von dem Streben nach gesteigerter Teilnahme am Genuß der Kulturgüter erfüllt. Mit der Industrialisierung dieser Länder, mag sie auch nur langsam fortschreiten, ist die europäische Wirtschaft in zunehmendem Maße einem Wettbewerb ausgesetzt, der aus der weitgehenden Ausnutzung der Arbeitskraft einen bedeutenden Vorteil zieht. Eben deshalb wäre es dringend notwendig, die soziale Gesetzgebung dieser Länder vorwärtszubringen.

Viele der rückständigen Ueberseestaaten nehmen an den Tagungen der Internationalen Arbeitskonferenzen teil, sie helfen mit, die Entwürfe zu Übereinkommen zu schaffen, die sie dann unbedingtermaßen lösen. Die Vertreter mancher von ihnen nehmen sogar hervorragende an den Verhandlungen teil. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn da und dort ein gewisser Enthusiasmus gegen diesen Zustand merkbar wird.

Von den Ländern Asiens sind bisher Japan und Indien einer Anzahl internationaler sozialpolitischer Übereinkommen beigesteuert. Indien hat die Übereinkommen über die gewerbliche Arbeitszeit, die Arbeitslosigkeit, die Nachtarbeit der Frauen und Jugendlichen, das Koalitionsrecht in der Landwirtschaft, den wöchentlichen Arbeitstag, das Mindestalter für Scholenzüchter und Geiger, die ärztliche Untersuchung jugendlicher Seeleute, die Entschädigung von Berufsfrankheiten, die Gleichbehandlung in der Unfallentschädigung und die Aufsicht über die Auswanderer ratifiziert. Das Arbeitszeitübereinkommen genehmigt Indien die 60-Stunden-Woche zu. Japan ist neun Übereinkommen beigesteuert (Arbeitslosigkeit; gewerbliche Nachtarbeit der Jugendlichen; Arbeitslosigkeit der Seeleute; Mindestalter in der Schifffahrt; ärztliche Untersuchung jugendlicher Seeleute; Mindestalter in der Landwirtschaft;

Entschädigung von Berufsfrankheiten; Gleichbehandlung in der Unfallentschädigung; Aufsicht über die Auswanderer). Welche Länder haben überdies das Phosphorverbot ratifiziert?

In Europa finden wir, daß manche Übereinkommen bereits von der Mehrzahl der Staaten ratifiziert wurden, andere jedoch nur von wenigen. Großen Schwierigkeiten begegnet namentlich das Übereinkommen betreffend den Achtstundentag und die 48-Stunden-Woche in gewerblichen Betrieben; das Mutterschutzübereinkommen weist noch weniger Ratifikationen auf. Beide gehen erheblich über das hinaus, was man als Mindeststandard auf diesen Gebieten bezeichnen kann. Wenig Zustimmung findet auch das Übereinkommen über das Nachtarbeitsverbot in Vädereien.

In einer Reihe von Fällen wurde der Beitritt zu Übereinkommen mit der Begründung abgelehnt, daß sie formal nicht in das System des Sozialrechtes des betreffenden Staates passen, obwohl der tatsächliche bestehende Rechtszustand ihnen überaus entspricht oder leicht anzupassen wäre. Zweifellos war dieser Einwand nicht stets ganz begründet; doch haben sich die jüngsten Arbeitskonferenzen bemüht, die Texte der Entwürfe so abzufassen, daß ihre Anpassung an verschiedene Rechtssysteme möglich ist.

In anderen Fällen wieder sind Länder mit bundesstaatlicher Verfassung, wie die überseeischen Glieder des „British Commonwealth of Nations“, in einzelnen Fällen aber auch die Schweiz und Deutschland, sozialpolitischen Übereinkommen deshalb nicht beigesteuert, weil die betreffenden Gegenstände der Gesetzgebung der Gliederstaaten (bzw. Kantone) vorbehalten sind. Das geschah mit Berufung auf Art. 405 der Satzung der Internationalen Arbeitsorganisation, wo bestimmt ist, daß im Falle eines Bundesstaates, dessen Befugnis zum Beitritt zu einem Übereinkommen bestimmten Beschränkungen unterliegt, die Regierung berechtigt ist, den Entwurf eines Übereinkommens, der unter diese Beschränkung fällt, als einfachen Vorschlag zu betrachten, so daß auch hinsichtlich der Durchführung die Bestimmungen über Vorschläge zur Anwendung kommen. Die Gründer der Internationalen Arbeitsorganisation wollten mit der Aufnahme dieser Vorschrift den Wünschen gerecht werden, die Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika ausgesprochen hatten.

Die Ratifikation von sozialpolitischen Übereinkommen ist nicht das einzige Ergebnis, zu dem der Bestand der Internationalen Arbeitsorganisation führte. In manchen Fällen dienten Übereinkommen, obschon sie nicht ratifiziert wurden, als Vorbild für die innerstaatliche Gesetzgebung. Ebenso bildeten Empfehlungen der Arbeitskonferenzen die Grundlage zu Gesetzen.

Ohne die Anregungen, welche die Arbeitskonferenzen jährlich ein- oder zweimal bieten und die vom Internationalen Arbeitsamt beständig ausgehen, wären gewiß viele der in der „Gesetzreihe“ des Amtes enthaltenen Texte nicht zustande gekommen, die nun in jedem Jahre 2500—3000 Druckseiten umfassen. Es geht aber nicht nur um die Masse, sondern ebenso wohl um die Vereinheitlichung; in dieser Hinsicht wird der Einfluß der Internationalen Arbeitsorganisation noch deutlicher. Der Erfahrungsaustausch führt dazu, daß Artzweige und Wirkstoffe der Gesetzgebung immer mehr vermieden werden. Die neuen gesetzlichen Maßnahmen bedeuten zwar oft nur einen kleinen, aber doch stets einen notwendigen Schritt vorwärts zum Schutz der Arbeitnehmer und ihrer Rechte. Sie betreffen zu einem großen Teil Gebiete, in denen das einzelne Land für die Gestaltung seiner Verhältnisse von anderen Ländern nicht abhängt. Oft aber bestehen derartige Abhängigkeiten in engem oder weiterem Bereiche; dann ist internationales Zusammengehen um so mehr geboten. Wo der Weg der Reform gegangen wird, muß man auch mit kleinen Erfolgen zufrieden sein, die sich im Laufe der Zeit häufen und nicht selten erst auf lange Sicht richtig auswirken.

Ob der unmittelbare Erfolg der Internationalen Arbeitsorganisation, wie er sich in den vollzogenen Ratifikationen ausdrückt, den mittelbaren Erfolg, der in der Beeinflussung der innerstaatlichen Gesetzgebung besteht, überwiegt, oder ob es umgekehrt ist, wird schwer zu entscheiden sein. Der unmittelbare Einfluß der Organisation ist zweifellos sehr groß. Hinsichtlich des Washingtoner Arbeitszeitübereinkommens z. B. anerkennt Dr. J. Winkshuis^{*)}, ein Autor, der im wesentlichen die Auffassungen der Arbeitgeber vertritt, daß dieses Übereinkommen als Schrittmacher sozialer Arbeitszeiten und nationaler Arbeitszeitgesetzgebungen gewirkt hat. Allerdings meint Dr. Winkshuis, das Übereinkommen, das Fortschritt produziert hat, habe sich dabei verbrannt. Uns scheint aber seine treibende Kraft noch lange nicht erschöpft zu sein.

^{*)} Winkshuis, „Grenzen der Sozialpolitik“. Wirtschaftspolitische Zeitschriften, Heft 6.

und zwar: Industrie, Landwirtschaft, Handwerk, Verkehr, Handel, Banken, Versicherungen und sonstige Verbände (der Handelsbund und der Arbeitgeberverband für das Zeitungsgewerbe). Wohlgeordnet sind im Zentralausschuß nur vertreten Spitzenverbände, wie der Reichsverband der Deutschen Industrie, die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, der Reichsausschuß der Deutschen Landwirtschaft, der Reichsverband des Reichsausschuß des Deutschen Handwerks, der Reichsverband des Deutschen Verleihergewerbes usw. Im allgemeinen herrscht über die Tätigkeit der Unternehmerverbände tiefes Dunkel. Doch bringt von diesem und jenem Spitzenverband dann und wann etwas in die Öffentlichkeit, besonders durch öffentliche Tagungen, Denkschriften usw. Vom Zentralausschuß hört man nie etwas; selbst in dem Jahrbuch heißt es: „Er ist in den letzten Jahren öffentlich nicht hervorgetreten.“ Sein Zweck soll u. a. sein: Die geschlossene Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen der deutschen Unternehmerschaft und einheitlichen Abwehr aller gegen sie gerichteten Bestrebungen.“ Man geht nicht fehl, wenn man annimmt, daß in dieser Dunkelstube die Entschlüsse gefaßt werden, die die Gesamtinteressen des Unternehmertums betreffen. Bereits vor Jahrzehnten schrieb der bekannte Professor Niijo Brentano an Pulemann: Die Arbeitgeberorganisationen sind die wahren geheimen Gesellschaften und stehen in dieser Beziehung sehr wesentlich ab von den Gewerkschaften.“ Wenn dies mehr oder weniger für alle Unternehmerverbände zutrifft, so aber ganz besonders für den Zentralausschuß der Unternehmerverbände.

Neben den hier gekennzeichneten Organisationsrichtungen sind im Jahrbuch noch eine Unmenge Arten der Unternehmerverbände aufgeführt. Die allgemeine Uebersicht hierüber fällt nicht weniger als 122 Seiten des Jahrbuchs aus. Man unterscheidet 28 Berufsgruppen, ferner allgemeine und gemischterberufliche Verbände und sonstige Verbände. Wollte man sich durch dieses Maß an Vielfalt der verschiedenartigsten Unternehmerverbände hindurcharbeiten, so müßte man die Statuten kennen und über ihre sonstige Zweckrichtung orientiert sein. Auch das Jahrbuch gibt hierüber nur ungenügend Auskunft. Meistens beanmaßt man sich damit, die einzelnen Verbände namentlich aufzuführen.

Über selbst ein flüchtiger Ueberblick über die Organisationsmacht der Unternehmer vermittelt dem geübten Auge ein Blick lückenloser Geschlossenheit. Wir sind überzeugt davon, daß eine Ueberlagerung der Interessenwahrnehmung im großen Umfange stattfindet. Dessen ungeachtet erfüllt jede Unternehmerorganisation ihren Zweck, der darauf gerichtet ist, die beruflichen, allgemeinen und sonstigen Interessen der Unternehmer gegenüber dem Staat, der Allgemeinheit und den Gewerkschaften wahrzunehmen. Es wird viel gesprochen und geschrieben von der notwendigen Parität im Aufbau der öffentlichen Körperschaften. Namentlich sind die Unternehmer die eifrigsten Befürworter derselben. Man hat noch nie etwas davon gehört, daß die Herren einmal bei sich selbst anfangen und den inflationistischen Aufbau ihrer eigenen Organisationswirtschaft auf ein erträgliches Maß zu reduzieren gedenken. Wir sind überzeugt davon, daß Unsummen von Geld gespart werden können. Wie dem aber auch sei, die Gewerkschaften haben mit dieser Uebermacht der Unternehmerorganisationen zu rechnen. Die notwendige Schutzfolarung daraus zu ziehen, dürfte für beide Parteien ziemlich leicht sein. Sie liegt in dem heißen Bemühen, den Gewerkschaften den Charakter einer organisatorischen Großmacht zu verleihen, damit sie befähigt sind, sich gegenüber der Uebermacht auf der Gegenseite durchzusetzen.

Der Begriff Reallohn.

Das Wort Reallohn findet man fast in jeder Abhandlung über Preisabfall und Lohnsenkung. Der Reichsarbeitsminister hat mehr als einmal erklärt, daß er seine ganze Kraft dahinstrecken würde, um eine Senkung der Reallohn trotz der Preisabsetzung der Geldlöhne zu verhindern. Trotz der allgemeinen Gebrauchlichkeit dieses Begriffs glauben wir, daß die Bevölkerung davon nur eine ungenügende Vorstellung hat. Unter Reallohn versteht man, daß der Arbeiter für die Summe, die er als Lohn erhält, sich stets dafür die gleichbleibende Menge Konsumgüter erwerben kann. Der Reallohn wird errechnet nach dem Lebenshaltungskostenindex. Der Index ist aufgebaut auf die Ausleihung einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie, wobei irgendwelche Ansprüche auf das Leben eines Kulturmenschen unberücksichtigt geblieben sind. Ueberdies werden wichtige Ausgabenposten, wie Steuern, Sozialbeiträge usw. nicht berücksichtigt. Wenn schon die Errechnung des Reallohnes derartig ungenau ist, so kann man sich vorstellen, daß man mit dem langläufigen Begriff Reallohn nicht viel anfangen kann. Des weiteren muß aber die Frage aufgeworfen werden, wieviele Arbeiter und Angestellte heute in der glücklichen Lage sind, eine dauernde Stelle zu erhalten. Wenn vor dem Kriege ein Arbeiter seine Arbeitsstelle verließ, dann konnte er bestimmt damit rechnen, in ganz kurzer Zeit neue Beschäftigung zu erhalten. Heute ist das meistentheils anders. Ein Arbeitsloser muß heute mit einer Beschäftigungslosigkeit von vielen Wochen, ja Monaten rechnen. Der größte Teil der heute Arbeitslosen besteht überwiegend aus Stammarbeitern der Konjunkturberufe, die jahrelang in den Betrieben tätig waren und erst jetzt durch die schwere Krise arbeitslos geworden. Wenn mitten Berechnungen über Reallohn angestellt werden, ist dies nur eine Zahlenspielerei, denn die allermeisten Arbeiter und ein großer Teil der Angestellten kommen nicht in den Genuß derselben, da sie nur kurzfristig beschäftigt sind. Man verschone uns deshalb mit Behauptungen von gleichbleibenden Reallohnen. Sie dienen nur zur Verschleiierung in dem Kampf um die Herabdrückung des allgemeinen Lebensstandards.

Carlverträge 1929.

Nach einer Veröffentlichung des Statistischen Reichsamtes über die Carlverträge am 1. Januar 1929 hat die Zahl der Carlverträge gegenüber dem Vorjahre um 747 zugenommen. Die Zahl der davon erfaßten Betriebe stieg um rund 5000 und die Zahl der Arbeiter um rund 80000. Diese verhältnismäßig geringe Zunahme der Arbeiterzahl ist auf die starke Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Die folgende Tabelle gibt einen Ueberblick über den Stand der Carlverträge am Anfang des Jahres.

	Carlverträge	Betriebe	Arbeiter
1927	7 490	307 300	10 970 120
1928	8 178	312 006	12 267 440
1929	8 925	337 777	12 276 060

Von den am 1. Januar 1929 geltenden Carlverträgen waren 84 Reichstarife, 3089 Bezirkstarife, 2490 Ortsstarife und 3293 Firmentarife. Die Bezirkstarife galten für 747 000 Betriebe mit rund 92 Millionen Arbeitern. Bemerkenswert ist, daß bei den Arbeitern die Zahl der unter Tarif fallenden weiblichen Kräfte zurückgegangen ist. Es standen unter Tarif:

	Arbeiter		Angestellte	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
1927	7 090 113	2 225 671	1 153 379	500 957
1928	8 114 428	2 510 820	1 146 216	495 978
1929	8 175 093	2 398 178	1 180 331	522 408

Von der Gesamtzahl der Carlverträge entfielen auf die Industrie der Steine und Erden 675 Carlverträge, auf das Bergbauvertriebsgewerbe und Papierindustrie 187, auf das Baugewerbe 1194, auf das Bekleidungs- und Textilgewerbe 573 und. Eine Vertragsdauer von 1/2 bis 1 Jahr hatten 3481 Verträge, von 1 bis 2 Jahren 2529, von 2 bis 3 Jahren 191 und über 3 Jahre 28. Für allgemein verbindlich erklärt waren Ende 1929 1988 Verträge gegen 1829 im Jahre 1928. G. B. R.

Die Organisationsmacht der Unternehmer.

Das Jahrbuch der Berufsverbände ist eine der interessantesten Veröffentlichungen des Reichsarbeitsministeriums. Die neueste Ausgabe dieses als Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt erscheinenden Werkes ist um 100 Seiten größer, als die Ausgabe von Jahre 1927. Eine Vielzahl von Organisationen ist in Deutschland vorhanden. Bei den Berufsverbänden handelt es sich um solche, die sich mit wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen beschäftigen. Die immer mehr wachsende Stärke des Jahrbuchs zeigt bereits, daß eine fortwährende Um- und Neugestaltung an Organisationen und Vereinigungen erfolgt. Für heute wollen wir uns mit den Unternehmerverbänden beschäftigen.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat in seiner Sitzung vom 12. September 1928 beschloffen, ein organisatorisches Sperrjahr bis 1. Oktober 1929 einzutreten zu lassen. Durch weitere Beschlüsse wurde dieses Sperrjahr bis zum 1. Oktober 1930 verlängert. Trotzdem als es vorher war, die Neuerrichtung von Vereinigungen wirtschaftlicher und sozialpolitischer Art zu bremsen, sind zahlreiche Um- und Neugründungen im Arbeitgeberlager erfolgt. Das Jahrbuch der Berufsverbände liefert davon eine Uebersicht. Im Sperrjahr 1929 waren in Deutschland, soweit die Unternehmerverbände in Frage kommen, 1476 Reichsverbände, 1559 angeschlossene Bezirksverbände, 568 Landesverbände vorhanden. Außerdem 121 Reichsverbände und 11 Landesverbände mit anderen Aufgaben. Ueberwiegend mit Arbeitgeberangehörigen beschäftigen sich daran 227 Reichsverbände und 187 Landesverbände. Nur Arbeitgeberverbände erfüllen 51 Reichsverbände und 124 Landesverbände. Mit allgemeinen wirtschaftlichen Aufgaben beschäftigen sich 767 Reichsverbände und 217 Landesverbände. Die Errechnung mehrerer Fragen haben sich zur Aufgabe gestellt 431 Reichsverbände und 70 Landesverbände. Gegenüber 1927 ist die Zahl der Reichsverbände um 59 zurückgegangen. Dagegen wuchs die Zahl der angeschlossenen Bezirksverbände von 364 auf 1559. Es ist mithin eine Konzentration bei den Reichsverbänden festzustellen. Wenn wir über die Arbeitgeberverbände einen Gesamtüberblick gewinnen wollen, dann müssen wir es wie folgt versuchen.

Die beiden größten zentralen Spitzenverbände der deutschen Unternehmerschaft sind der Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) und die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (VDA). Diese beiden zentralen Organisationen haben ihr Arbeitsbereich dementsprechend aufgestellt, daß der RDI die wirtschaftlich-politischen Fragen bearbeitet, die VDA aber die Lohn- und sozialpolitischen Angelegenheiten des Unternehmertums wahrnimmt.

Zum RDI gehören 1320 Fachverbände, 21 landwirtschaftliche Verbände, 87 öffentliche und allgemeine Verbände, 72 Handels- und Gewerbetreibenden und 1363 Einzelmitglieder. Die VDA setzt sich zusammen aus 49 Reichsfachverbänden, 33 bezirklichen Fachverbänden, 7 örtlichen Fachverbänden, 21 gemischt-gewerblichen Landes- und Bezirksverbänden, 70 gemischt-gewerblichen Ortsverbänden und 2850 Unterverbänden. Der RDI ging im Jahre 1919 aus der Vereinigung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller und dem Bund der Industriellen hervor. Er ist in der Weise organisiert, daß er sein Aufgabengebiet in 28 Fachgruppen, einer Sammelgruppe, einer Gruppe für die Industrie- und Handelskammer, einer für örtliche und allgemeine Verbände und einer für landwirtschaftliche Verbände aufgeteilt hat. In einzelnen Fachverbänden sind in den Fachgruppen des RDI zusammengefaßt. Die Fachgruppe ist demnach die Spitzenorganisation der Spitzenorganisationen, und es werden sie von dem Sammelbeiden Reichsverband beauftragt und zu einer Einheit zusammengefaßt. Der RDI ist nach 21 Fachgruppen gegliedert. Außerdem steht die Vereinigung mit den Arbeitgeberverbänden der Land- und Forstwirtschaft, dem Reichsverband des Deutschen Handwerks, mit den Arbeitgeberverbänden des Großhandels, Einzelhandels, des Post- und Fernverkehrsgewerbes und der Versicherungsunternehmungen in einem Kartellverhältnis. Treiben bei den letztgenannten Wirtschaftskörperschaften gewerbliche Kämpfe aus, so werden sie vom RDI unterstützt.

Neben dieser beiden mächtigen Spitzenorganisationen befinden sich noch andere, wobei wir zuerst den Reichsverband des Deutschen Handwerks nennen wollen. Er besteht aus 51 Reichsverbänden und 11 Landes- und Bezirksverbänden. Die im RDI zusammengefaßten Verbände haben nicht so stark abgegrenzten Charakter, wie die Verbände der Industrie. Wir finden dort solche, die sich mit wirtschaftspolitischen Fragen, aber auch solche, die sich mit sozialpolitischen und reinen Arbeiterfragen beschäftigen. Nebenbei liegt es bei dem Reichsverband des Deutschen Handwerks und Ueberseehandels und der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels. Zu ersterem gehören 230 Verbände mit ungefähr 50 000 Ruhestandbestimmten. Zur Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels zählen 78 Verbände und 43 Handelskammern. Sowohl der Spitzenverband des Großhandels, wie der des Einzelhandels sind nach Fachgruppen gegliedert.

Alle diese Spitzenverbände werden noch einmal zusammengefaßt im Zentralausschuß der Unternehmerverbände. Im Zentralausschuß gibt es 8 Unterabteilungen,



Verbindlich erklärt.

Der Schlichter für den Schlichterbezirk Mitteldeutschland Schl. Nr. 71/30.

Leipzig, den 20. November 1930. Dittichring 3 e. II. Fernruf: 16 446.

Der Schlichter für den Bezirk Schlesien Journ. Nr. 642/30.

Breslau 2, den 24. November 1930. Gartenstr. 74.

Entscheidung.

Der Schlichterspruch der vereinbarten Schlichtungsstelle vom 23. Oktober 1930 in der Streitigkeit zwischen dem Schutzverband Deutscher Glasfabriken und

1. dem Keramischen Bund, Abt. des Fabrikarbeiterverbandes, 2. dem Berufsverband deutscher Glasarbeiter über die Löhne im Bereich der Gruppe V wird auf Grund des Artikels I § 6 der Verordnung über das Schlichtungsverfahren vom 30. Oktober 1923 — RWV. I, S. 1043 — für verbindlich erklärt.

Schl. Nr. 71/30.

In Abschrift an den Keramischen Bund, Abt. des Fabrikarbeiterverbandes, Gau Thüringen, in Ilmenau, Neue Str. 7, zur gefl. Kenntnis.

Leipzig, den 20. November 1930.

Der Schlichter für den mitteldeutschen Schlichterbezirk.

Der Schlichter für den Schlichterbezirk Mitteldeutschland. gez. Dr. Hauschild.

Beglaubigt: Marquardt, Geschäftsführer.

Der Schlichter für den Bezirk Schlesien Journ. Nr. 642/30.

Breslau 2, den 24. November 1930. Gartenstr. 74.

Betr. Antrag des „Schutzverbandes Deutscher Glasfabriken, Dresden“, auf Verbindlichklärung des Schlichterspruches der vereinbarten Schlichtungsstelle vom 22. Oktober 1930 in dem Lohnstreit in der „Weißhohlglasindustrie, Bezirksgruppe III (Benzig)“.

Entscheidung.

Der in dem Lohnstreit zwischen dem Schutzverband Deutscher Glasfabriken, Dresden, einerseits und dem Keramischen Bund, Abt. des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, und dem Berufsverband deutscher Glasarbeiter

andererseits gefällte Schlichterspruch der vereinbarten Schlichtungsstelle vom 22. Oktober 1930 für die „Bezirksgruppe III (Benzig) der Weißhohlglasindustrie“ wird gemäß Artikel I § 6 der Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1923 (Reichsgesetzblatt I, S. 1043) für verbindlich erklärt.

Der Schlichter:

gez. Philipp, Oberpräsident d. D.

Kritische Situation in der tschechoslowakischen Glasindustrie.

Die tschechoslowakische Glasindustrie befindet sich zur Zeit in einer kritischen Lage, die nur mit der Krise in den Jahren 1922-23 zu vergleichen ist. Für diese Industrie sind die handelspolitischen Verhältnisse sowohl im Inlande als auch im Auslande von großer Wichtigkeit und Bedeutung.

Regelte Handelsverträge mit den Nachbarländern als auch mit den entfernteren Staaten sind für die ausgesprochene Exportindustrie von Lebensnotwendigkeit. Diese und die Regelung des Inlandkonsums bedeuten die Grundlage der künftigen Prosperität der Glasindustrie sowie eine gesicherte Existenzmöglichkeit ihrer Arbeiterschaft.

Neben der kritischen Lage der tschechoslowakischen Glasindustrie befehlen uns einige Daten über die Kapazität der Fabrikindustrie und des Beschäftigungsgrades der Arbeiterschaft sowie die Zahlen über den Export und den Inlandkonsum in den ersten neun Monaten dieses Jahres.

Hohl- und Preßglas:

Produktions-einheiten	Zahl der Arbeiter	Produktionsleistung im Betrieb	Produktionsleistung außer Betrieb	Produktionsleistung im Prozent	Zahl der Arbeitslosen im Prozent
198	28 000	109	89	38	13 000

Tafelglas (mechanische Erzeugung inbegriffen):

11	3 200	6	5	44	1 200
----	-------	---	---	----	-------

Glasfenster (mechanische Erzeugung inbegriffen):

28	2 500	14	14	50	1 300
----	-------	----	----	----	-------

Spiegelglas:

20	2 300	12	8	40	800
257	36 000	141	116	43	16 300

Dieser Zustand verschlechtert sich aber von Woche zu Woche. In der Heimindustrie arbeiten von den etwa 50 000 Heimglasarbeitern kaum 28—30 000 zwei bis vier Tage in der Woche, die übrigen 20—22 000 Heimarbeiter sind ebenfalls arbeitslos! Demnach sind zur Zeit an die 38—40 000 Glasarbeiter — also fast 50 Prozent — in der tschechoslowakischen Glasindustrie ohne jede Beschäftigungsmöglichkeit, während die noch Beschäftigten zumeist mit Kurzarbeit — 2—5 Schichten in der Woche — betroffen sind.

Dieser Zustand äußert sich auch besonders in den Ausfuhrziffern, und zwar:

Ausfuhr an Glas- und Glaswaren:	in Mengen:	im Werte:
Januar—September 1929	159 944 Tonnen	984 078 000 Kr.
Januar—September 1930	183 328 Tonnen	827 384 000 Kr.
weniger um	21 616 Tonnen	156 695 000 Kr.

Bis zum Jahreschluss ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der Wert der ausgeführten Glaswaren mehr als um 200 000 000 Kronen sinken wird. Auf dem Inlandsmarkt ist der Absatz von Glaswaren ebenfalls um etwa 40 Prozent = 80—90 Millionen Kr., gesunken. Der Gesamtverlust an Absatz wird sich

für die Glasindustrie am Jahreschluss auf mehr als 300 Millionen Kr. beziffern.

Aus diesen einigen Zahlen kann die Größe der Krise in der tschechoslowakischen Glasindustrie beurteilt werden.

Große Anforderungen sind in dieser kritischen Zeit an die Gewerkschaftsorganisationen der Glasarbeiter gestellt. Diese haben bis 31. Oktober 1930 bereits große Beträge an Arbeitslosenunterstützung an ihre Mitgliedschaften ausgezahlt.

Der tschechoslowakische Glasarbeiterverband mit etwa 8500 Mitgliedern hatte Ende Oktober dieses Jahres bereits 5333 Arbeitslosenfälle — 62,72 Prozent — zu verzeichnen und zahlte insgesamt an Unterstützungen 1 683 267,55 Kr. aus. Hiervon aus eigenen Mitteln den Betrag von 599 552,30 Kr. und auf die Rechnung des Staates den Betrag von 1 083 715,25 Kr.

Der deutsche Glas- und Keramarbeiterverband, in welchem über 8500 Glasarbeiter organisiert sind, hat in derselben Zeit bereits 5584 Arbeitslosenfälle — 67,27 Prozent — zu verzeichnen. An Arbeitslosenunterstützung zahlte der Verband nur an Glasarbeiter bisher den Betrag von 2 255 675,90 Kr. aus. Hiervon aus eigenen Mitteln den Betrag von 918 559,80 Kr. und auf die Rechnung des Staates den Betrag von 1 338 116,10 Kr. Demnach haben beide Verbände bei einem Stande von zusammen 17 000 Mitgliedern 10 918 Arbeitslosenfälle — 64,97 Prozent — zu verzeichnen und haben bisher aus eigenen Mitteln den Betrag von 1 618 112,10 Kr. und aus Staatsmitteln den Betrag von 2 421 867,35 Kr., also zusammen den Betrag von 3 939 979,45 Kr. an Arbeitslosenunterstützung an ihre Mitgliedschaften zur Auszahlung gebracht.

Bemerkenswert sind auch die Daten über die gezahlten Arbeitslosenunterstützungen nach dem Gesetz seit seiner Einführung in dem Jahre 1925, wobei früher nur für 13 bis 16 Wochen im Jahre die Unterstützung gewährt werden konnte, während seit dem 1. Juli 1930 durch eine Novellierung des Gesetzes die Unterstützungsdauer auf 26 bzw. 39 Wochen im Jahre ausgedehnt wurde, was als ein Verdienst der Vertreter der sozialdemokratischen Parteien in der Koalitionsregierung der tschechoslowakischen Republik zu bezeichnen ist. Demnach haben die beiden Glasarbeiterverbände — Vereinigte Verbände der Glasarbeiter in der tschechoslowakischen Republik — in kaum fünf Jahren des Bestandes des Arbeitslosenunterstützungsgesetzes insgesamt den Betrag von 8 897 567 Kronen, hiervon aus eigenen Mitteln den Betrag von 3 416 475,90 Kr. und aus Staatsmitteln den Betrag von 5 281 092,10 Kr. an Arbeitslosenunterstützung an ihre Mitgliedschaften zur Auszahlung gebracht.

Diese Zahlen beweisen, daß in der tschechoslowakischen Glasindustrie eine schleppende Krise vorhanden ist, sie beweisen aber auch, unter welchen Verhältnissen die Vereinigten Verbände der Glasarbeiter zu arbeiten und zu kämpfen haben und von welcher Wichtigkeit für die Existenz der Arbeiterschaft die freien Gewerkschaften sind. — Sie beweisen aber auch weiter die Unhaltbarkeit des heutigen kapitalistischen Produktions- und Distributionsystems, welches nicht in der Lage ist, den arbeitenden Menschen genügend Arbeit und Brot zu verschaffen und deshalb beseitigt werden muß.

Dieses Ziel verfolgen gerade die freien Gewerkschaften und verdienen deshalb volle Unterstützung aller arbeitenden Klassen. Karel Viktora.

Betriebsausrüstung der europäischen Glasindustrie.

Glas gehört bekanntlich zu jenen Gebrauchsgütern und Bedarfsgegenständen unseres wirtschaftlichen Lebens, ohne die viele Fortschritte der menschlichen Kulturentwicklung und auch viele Dinge des praktischen Lebens einfach nicht denkbar wären. Wie hätte je die Optik, die Astronomie, die Physik und Chemie zu jener Stufe der Kulturentwicklung gelangen können, wenn ihnen nicht die Erfindung des Glases vorangegangen wäre, ganz abgesehen davon, was das Glas für die moderne Wohnweise der Menschen, für den Haushalt, für das Bauwesen, für viele Zweige der Industrie und des Handels, für die Kunst usw. zu bedeuten hat.

Der Fachmann weiß dies alles, und er ist stolz auf Sydon, Tyrus und Alexandria, die Wiege der alten Glasindustrie. Um so mehr aber kann er stolz sein auf das, was unter seiner Mitarbeit im Verlaufe vieler Jahrtausende entstanden ist. Ganz besonders ist es die europäische Glasindustrie, die in ihrer Entwicklung stets mit den modernsten Erfindungen der Zeit Schritt gehalten hat und die in ihrer heutigen Ausrüstung und Leistungsfähigkeit würdig an die Seite anderer großer Industriezweige gestellt werden kann.

Um uns gleich von vornweg einen kleinen Begriff von der enormen Leistungsfähigkeit der europäischen Glasindustrie zu machen, brauchen wir nur zu erwähnen, daß allein die Erzeugung einer der gebräuchlichsten Glasarten, des Fensterglases, nach sachverständiger Schätzung in ganz Europa pro Jahr nahezu 1200 Millionen Quadratmeter ausmacht. Fensterglas wird bekanntlich nach drei Verfahren hergestellt, und zwar nach dem Zylinder-Rundblasverfahren, nach dem Libbey-Dwens- und dem Fourcault-Verfahren. Vor dem Kriege wurde noch hauptsächlich nach dem Rundblasverfahren gearbeitet, das heute fast ausschließlich von der Maschinenbläserei abgelöst wurde. Um nun die erwähnte riesenmenge an Fensterglas herzustellen, ist die europäische Glasindustrie mit rund 356 Fourcault-Glasbläse-

maschinen ausgerüstet, die heute als technischer Beifall der Glas-erzeugung die Hauptrolle spielen. Zudem kommen noch 28 Libbey-Dwens-Maschinen.

Am deutlichsten tritt uns die europäische Entwicklung bei uns in Deutschland vor Augen, wo sich schon frühzeitig eine selbständige Glasindustrie entwickelte, mit der wir heute auf einer beachtenswerten Höhe stehen. Ueber die Leistungsfähigkeit der deutschen Glasindustrie bedarf es kaum vieler Worte, wenn wir darauf hinweisen, daß die erst vor einiger Zeit erfolgte Umstellung der Glas-erzeugung auf Maschinenproduktion zur Folge hatte, daß die Fensterglas-herstellung in etwas mehr als einem Jahre eine Steigerung der Leistung von 7 auf 17 Millionen Quadratmeter zu verzeichnen hatte. Welche ungeheuren Fortschritte die deutsche Glasindustrie weiter in der jüngsten Zeit gemacht hat, zeigt uns die weitere Tatsache, daß die Erzeugung der Rundblasbetriebe, die 1926 noch 10 Millionen Quadratmeter ausmachte, auf 2 Millionen Quadratmeter zurückgegangen ist. Wie man erwartet, soll die maschinenmäßige Erzeugung von Fensterglas eine Leistungssteigerung auf etwa 25 Millionen Quadratmeter erreichen, so daß die Ziffer der Vorkriegs-erzeugung um circa 5 Millionen Quadratmeter überholt wird. Damit gelangen wir also tatsächlich auf eine Stufe, mit der sich die gesteigerte Leistungsfähigkeit anderer Industrieländer nicht immer messen kann.

Neben den betriebsmäßigen Umfang der deutschen Glasindustrie stehen sich die ziffernmäßigen Ermittlungen der letzten Jahre so ziemlich übereinstimmend gegenüber, so daß man sie einigermaßen als zuverlässig gelten lassen kann. So wurden u. a. nach einer Feststellung im Jahre 1924 neben 379 Hütten noch 276 Raffinerien gezählt, und 1923 wurden in 1145 unter die Unfallversicherungspflicht fallenden Betrieben der Glas-berufsgenossenschaft etwa 30 000 beschäftigte Arbeiter als versicherungspflichtig ausgewiesen. Nach einer anderen Statistik

der Deutschen glastechnischen Gesellschaft umfaßte die deutsche Glasindustrie im Jahre 1928 359 Hütten, davon 222 Hohlglas-hütten, 68 Fensterglasbetriebe, 10 Hütten für bayerisches Spiegelglas, 46 Flaschenhütten und 4 Hütten für dünnes Gub-glas. Nach einer anderen Zählung belief sich die Zahl der Groß- und Mittelbetriebe, in denen mehr als fünf Arbeitnehmer beschäftigt waren, im Jahre 1929 auf rund 1249 und die Gesamt-zahl der beschäftigten Arbeiter auf 97 490 Personen. Darunter waren 368 Betriebe mit über 50 Arbeitnehmern, die zusammen 85 310 Arbeiter beschäftigten. Was die Leistungsfähigkeit der hauptsächlichsten Erzeugungsgruppen anbelangt, so wurde die Erzeugung der Hohlglasindustrie mit 19 250 Arbeitern auf 139 Millionen Reichsmark geschätzt, die der Flaschenindustrie mit 14 000 Arbeitern auf circa 100 Millionen Reichsmark und die der Spiegelglas-erzeugung bei 6600 Arbeitern auf 47,52 Mil-lionen Reichsmark im Jahr. Die Ausfuhr von deutschem Glas und Glaswaren belief sich im Jahre 1929 auf über 1,79 Mil-lionen Doppelzentner im Werte von 247,85 Millionen Reichs-mark.

Nach Deutschland spielt zunächst Belgien eine bedeutsame Rolle in der europäischen Glasindustrie, wo es nach Erhebungen, die im „Bulletin d'Information et de Documentation“ kürzlich veröffentlicht wurden, im Jahre 1929 ungefähr 80 glasindustri-elle Betriebe mit über 32 000 beschäftigten Arbeitern gibt. Dar-unter wurden 58 Unternehmungen in Form von Aktiengesell-schaften ausgewiesen, die ein Kapital von über 330,65 Millionen Goldfrank in die Glas-erzeugung investiert haben. Der er-arbeitete Reingewinn belief sich bei 48 Gesellschaften auf über 74,76 Millionen Frank und die zur Ausschüttung an die Aktio-näre gelangte Dividende auf 39,16 Millionen Frank. Die Pro-duktion an Fensterglas, die im Jahre 1913 rund 492,6 Millionen Quadratmeter ausmachte, erreichte 1924 wieder die Vorkriegs-erzeugung und stieg 1926 um 24 Proz. über diese hinaus. Die Ausfuhr an belgischem Glas-erzeugnissen wird als 12mal größer angesehen als die Einfuhr. Allein an Fensterglas wurden 1913 205 562 metr. Tonnen ausgeführt, 1924 202 308 Tonnen und 1926 schon 254 316 Tonnen. (Schluß folgt.)

„Freunde“ der Christbaumschmudmacher.

Die Arbeiterschaft der Christbaumschmud-Industrie findet den Weg zu Arbeiterorganisationen sehr schwer. Sie geht und ist schon viele Irrwege gegangen, bis ihr zum Bewußtsein kam, daß sie auf dem falschen Wege war. Die Not steigt ins Unerträgliche, und Hilfe wird zur bittersten Notwendigkeit. Die Gewerkschaft — der Fabrikarbeiterverband —, welche die Hilferufe hörte, setzte sich ihren Grundfragen gemäß ein und half, um nicht eine Arbeiterschaft unkommen zu lassen. Was alles getan und geschaffen wurde, ist an dieser Stelle des öfteren behandelt worden.

Solange die Christbaumschmudindustrie besteht, wurde erst-malig im Jahre 1929 ein Tarifvertrag geschaffen, ein Sach-ausschuß vertritt und dieser Vertrag für allgemeinverbindlich erklärt. Zum ersten Mal wurden die Christbaumschmudarbeiter mit dem Betriebsarbeiter gleichgestellt. Jetzt, nach zwei Jahren, kündigt die Unternehmer der genannten Industrie am 1. August 1930 den Tarifvertrag mit der Begründung, über-haupt kein Interesse an einem Tarifvertrag zu haben, und lehnten gleichzeitig jede freie Verhandlung ab.

Das Unternehmertum in Sonneberg will den alten Zu-stand, es braucht Sklaven, und diese findet es am besten bei den Hausarbeitern.

Der Sachausschuß für die Christbaumschmudindustrie be-schloß am 13. Oktober 1930 gegen die Stimmen der Unter-nehmer und des Unternehmerbeisitzers, den Tarifvertrag von 1930 auch für 1931 gelten zu lassen. Das Thüringische Innen-ministerium hat nunmehr die Aufgabe, den Tarifvertrag für rechtsgültig zu erklären. Das genügt aber den Industriellen noch nicht, schon lange ist ihnen die Arbeitslosenversicherung ein Dorn im Auge und soll beseitigt werden. Es gibt Hausarbeiter, welche lieber ihre paar Mark Arbeitslosenunterstützung be-ziehen, anstatt die Arbeitskraft an den Unternehmer zu ver-schenken. Nun kommt schon diesen Ausbeutern die Reichsanstalt und der Reichsarbeitsminister zu Hilfe. Man nimmt einfach die Hausarbeiter und Hausgewerbetreibenden, sowie sie mit Frau und zwei Kindern, oder mit Frau und zwei fremden Hilfskräften, oder der Sohn, oder die Tochter mit ihren Eltern arbeiten, aus der Arbeitslosenversicherung. Dies bedeutet für die Christbaumschmudarbeiter den Vernichtungsschlag, sie sollen mit Haut und Haaren den Unternehmern ausgeliefert werden. Das geschah vor dem Fest der Liebe und Freude, für welches die armen Mütter mit ihren Kindern wieder ein Jahr gearbeitet haben, soweit ihnen das kapitalistische Ausbeutungssystem das erlaubte. Mitten in diesem Jammer, in diesem Elend, steht eine Horde von Menschen in die Dörfer der Not, mit Trauertlor an ihren Tafelkreuzfahnen, am 9. November, und in die Turm-häuser, aus welchen „Friede auf Erden, und den Menschen ein Wohlgefallen“ verkündet werden soll. In den Kirchen werden Fahnen und Waffen gehalten, welche für einen neuen Krieg geschmiedet oder gegen die organisierte Arbeiterschaft gerichtet werden sollen. Das Tragische dabei ist, daß die Bevölkerung gerade in den Orten, wo die Not am allergrößten ist, aus Ver-weifung den Dienern des Kapitals nachläuft. Die bürgerliche Gesellschaft versteht es meisterhaft, die gleichgültige Arbeiter-schaft der Hausindustrie von ihrem Elend abzulenken und sie im Dunkeln weiterzuführen zu lassen. Aber wie so oft auch die Gleich-gültigen wachgerüttelt wurden, wird auch wieder die Zeit kommen, wo es gilt, mit sich zu Räte zu gehen. Die Arbeiter, welche für das Weihnachtstfest des Christentums arbeiten, gehen einer trüben Feier entgegen, unterdrückt, ausgebeutet von einer Gesellschaft, welche sich christlich nennt. Ein besseres Beispiel kann man dem arbeitenden Volke nicht liefern, wie man es in den Gegenden von Süßthüringen findet.

Errichtung einer neuen Glashütte.

Durch die Tageszeitungen läuft eine Notiz, aus welcher zu entnehmen ist, daß in Großhaina bei Merseburg eine Glas-fabrik errichtet wird. Es handelt sich bei dem neuen Werk um eine Gründung der Firma Glasindustrie Sabiati Wiegand & Balle in Altenfeld in Thüringen, dem sogenannten Vulle-tonern. Die Produktion soll im März 1931 aufgenommen werden. Die Gebäude sind in den früher dem Eigen-Solinger Gubstahlverein gehörigen Stahlwerk bereits vorhanden. In der neuen Glashütte sollen Flaschen aller Art auf maschinellem Wege hergestellt werden, und die Aufstellung von 25 Glasblas-maschinen neuester Art, die nach dem Saugprinzip arbeiten, erfolgen. Die Produktionsbedingungen sind recht günstig, weil Sand und Kohle sich in unmittelbarer Nähe der Fabrik be-finden. Zur Belieferung von elektrischem Strom steht neben der Fabrik das Elektrizitätswerk Sachlen-Anhalt.

Durch die Errichtung der neuen Maschinen-Glashütte bahnt sich eine weitere Umwälzung in der Glasproduktion an. Wenn auch unleres Erachtens bis März 1931 25 Glasblasmaschinen nicht in Gang gesetzt werden können, verdient dieser Vorgang trotzdem die allergrößte Beachtung.



Silicosekonferenz am 7. Oktober 1930 in Brüssel.

I. Vorbeugungsmaßnahmen.

1. Während die landesüblichen Methoden und die Festhaltung der Bestandteile und der Menge des Staubes den Kolalbehörden überlassen werden können, ist es wünschenswert, daß das Studium der Staubpartikel und ihre Wirkung auf den Organismus standardisiert wird, nur so können kritische und wissenschaftliche Betrachtungen, die internationale und industrielle Vergleiche erlauben, angestellt werden.

Man ist der Meinung, daß die bis jetzt von den verschiedenen Experten gebrauchten Apparate weiter angewendet werden sollen. Das Ergebnis der Untersuchungen wird dem Internationalen Arbeitsamt mitgeteilt.

2. Nachdem die Staubmenge unter diesen speziellen Bedingungen und mittels Photographien festgestellt worden ist, scheint es nützlich, auch andere Verfahren zu prüfen und ob diese auch in Anwendung gebracht werden können.

3. Es wird ebenfalls der Meinung Ausdruck gegeben, daß in der chemischen Theorie, betreffend die Ursache der Silicose, die „Größe“ oder „Feinheit“ der Staubbestandteile und die Fläche der sogenannten Gefährzone einen Hauptfaktor darstellt. Demzufolge sollen die Forscher die Feststellung der Partikelgröße in ihren Arbeiten aufnehmen.

4. a) Die Konferenz ist der Meinung, daß die unter 1. angegebenen Forschungen sobald wie möglich und in allen an der Silicose interessierten Ländern in Angriff genommen werden sollen. Da die im Witwatersrand gemachten Untersuchungen sehr wichtig sind und man in diesem Gebiet über ausgezeichnete Methoden verfügt, wünscht die Konferenz, daß die Forschungen im Witwatersrand mit allem Nachdruck fortgesetzt werden.

b) Sobald die unter 1. erwähnte „Standard-Methode“ eingeführt sein wird, empfiehlt die Konferenz in erster Linie eine genaue Untersuchung über die Staubmenge in den Staubindustrien der verschiedenen Länder. Die Ergebnisse dieser Untersuchung werden dem Internationalen Arbeitsamt zur Kenntnis gebracht.

c) Die Konferenz wünscht, daß der „Größenindex“ der Staubpartikel in der oben erwähnten Untersuchung inbegriffen wird.

5. Die bereits herordneten Vorbeugungsmaßnahmen gegen die Silicose, wie Vergewaltigung, Staubschutz und Befreiung und persönliche Hygiene der Arbeiter sollen strikte zur Anwendung gebracht werden.

6. Eine allgemeine Durchlüftung der Arbeitsstätten ist eine der besten hygienischen Maßnahmen in den Staubindustrien.

7. Doch soll sich der persönliche Schutz der Arbeiter nicht auf einfache Schutzmaßnahmen, wie das Tragen von Masken, beschränken. Diese müssen durch Infiltrieren von Kleiderräumen, Schutzräumen gegen Witterungsströme, Reglementation der Arbeit usw. vervollständigt werden.

8. Die Prüfung der ausgeworfenen Fragen durch die Physiker ist notwendig und bringt für richtige Vorbeugungsmaßnahmen und Feststellung der Staubarten.

II. Medizinische Bestimmung der Silicose.

9. Alle Maßnahmen müssen ergriffen werden: a) Um eine internationale Klassifizierung der Silicose herzustellen gemäß den Anleitungen Art. 16 und 21 des Verzeichnisses.

(Diese Artikel betreffen die Symptome während den drei Krankheitsphasen.)

b) Um eine Untersuchung über die technischen Möglichkeiten von radiologischen und radiographischen Photographien, die internationale Vergleiche erlauben, zu veranstalten.

c) Um Untersuchungen zu organisieren, die die Beziehungen zwischen der Tuberkulo-Silicose und Silico-Tuberkulose oder auch die einfache Silicose beweisen.

d) Um wissenschaftliche Untersuchungen zu veranstalten, die eine internationale Basis über die Etiologie, Pathologie und Diagnostik der Silicose und anderer Staubkrankheiten erlauben.

III. Prognose der Silicose.

10. Man verfügt nicht über genaue Angaben betreffend den Kieselgehalt, die Feinheit der Partikel und die Konzentration des Staubes, der den Menschen gefährdet. Wissenschaftliche Untersuchungen in dieser Richtung sind also wünschenswert, damit die erhaltenen Ergebnisse mit der Krankheitsfrequenz unter den Arbeitern verglichen werden kann.

11. Der physische Zustand des Arbeiters ist von höchster Wichtigkeit. Ärztliche Untersuchungen sollten in sämtlichen Industrien, wo die Staubgefahr groß ist, eingeführt werden, denn nur so kann ein gewisser Gesundheitsstandard der Arbeiterklasse gewährleistet werden. Eine periodische Untersuchung wird als unerlässlich betrachtet.

12. Die zur Verfügung stehenden Angaben lassen erkennen, daß weitere experimentale Untersuchungen über die sogenannte „ankedende Silicose“ höchst notwendig sind.

13. Die Sammlung sämtlicher Angaben über den Einfluß der Arbeitsfortsetzung bei der Evolution der Krankheit ist ebenfalls sehr wünschenswert.

IV. Die Entschädigungsfrage vom ärztlichen Standpunkt aus.

14. Die Silicose, gleich ob sie mit Tuberkulose verbunden ist oder nicht, ist eine Berufskrankheit, die eine Verminderung der Arbeitsfähigkeit nach sich ziehen kann.

15. Es ist an den maßgebenden Behörden, zu entscheiden, ob in Anbetracht der besonderen Umstände noch andere Formen der Pneumoconiose als Berufskrankheiten betrachtet werden sollen.

16. Bei der Berechnung des Arbeitsunfähigkeitsgrades müssen die gesamten klinischen und funktionellen Umstände in Betracht gezogen werden.

17. Die Berechnung der Arbeitsunfähigkeit soll einem qualifizierten und unabhängigen Arzt oder einer unabhängigen Kommission qualifizierter Ärzte, die über die notwendigen klinischen und technischen Kenntnisse sowie über die unerlässlichen Apparate verfügen, vorbehalten werden.

18. Es ist ratsam, Personen, die an offene Tuberkulose leiden, aus den Industrien, die mit Staubgefahren verbunden sind, zu entfernen.

19. Wenn der Gesetzgeber die zwangsweise Entfernung silicoseerkrankter Arbeiter aus dem Betriebe vorzieht, empfiehlt die Konferenz, daß diese zwangsweise Entlassung nicht notwendigerweise für Arbeiter angewendet werden muß, die wenigstens 15 Jahre in der gleichen Industrie gearbeitet haben oder bereits 45 Jahre alt sind.

V. Ärztliche Behandlung.

20. Die Behandlung in Sanatorien wird vorgezogen in den Fällen, wo diese Maßnahme als gegeben erscheint.

21. Da die verschiedenen Pläne betreffend Berufswechsel der erkrankten Arbeiter bis jetzt kein greifbares Ergebnis gezeitigt haben, sind neue Untersuchungen in dieser Richtung dringend notwendig.

Schlussfolgerungen des Dr. Cunningham.

Man weiß noch nichts über die Natur, die Kieselmenge, die Partikelgröße und Konzentration des Staubes, die die Gefahren einer Silicoseerkrankung bilden. Eine solche Untersuchung ist zu Vergleichszwecken dringend notwendig.

Die Dauer der Arbeitszeit ist ein wichtiger Faktor, der übrigen von sämtlichen Landesvertretern her vorgehoben wurde. Durch Verminderung der Arbeitszeit kann der Ausbruch der Krankheit lange hinausgehalten werden.

Nichts beweist, daß das Alter des Arbeiters eine Rolle spielt. Der physische Zustand des Arbeiters ist ausschlaggebend. Eine ärztliche Untersuchung vor der Anstellung des Arbeiters ist anzuraten sowie auch eine periodische medizinische Konsultation.

Die Klasse des Arbeiters hat für die Krankheitsgefahr keine Wichtigkeit; nichts beweist, daß die eine Klasse mehr gefährdet ist als die andere.

Ist die Silicose heilbar, wenn der Arbeiter bei den ersten Krankheitsanzeichen den Beruf verläßt? Hier widersprechen sich die erhaltenen Informationen. In Südafrika wurde festgestellt, daß in den meisten Fällen eine Verschlimmerung des Krankheitszustandes nach Verlassen der Industrie nicht aufgehalten wurde. Hier spielen sicher die verminderten wirtschaftlichen Bedingungen und die Sorgen um die Ernährung eine beträchtliche Rolle.

Vom Standpunkt des „Medical Bureau“ aus kann man die Tuberkulo-Silicose nicht unter den Typus der ankedenden Krankheiten einreihen. Die sogenannte ankedende Tuberkulose ist viel weniger gefährlich als die Tuberkulo-Silicose, wie sie das Gesetz nennt. Der Kranke kann noch lange Jahre leben, wenn nicht eine aktive Tuberkulose hinzukommt. Auch hier sind neue Untersuchungen, um Klarheit in diese Frage zu bringen, dringend notwendig.

Wie verhält es sich mit einer einfachen Silicose, wenn der Kranke, nach Feststellung der ersten Symptome, mit der Arbeit fortfährt? Nach den Informationen, die man von Südafrika erhält, ist erwiesen, daß bei der Fortsetzung der Arbeit in den Bergwerken, d. h. unter Tag, der Krankheitszustand sich verschlimmert, außer bei ganz bestimmten Arbeiten.

Doch sind die Angaben hier ziemlich unbestimmt, denn wenn man in Betracht zieht, daß in der Regel die erkrankten Arbeiter in Südafrika von der unterirdischen Arbeit zurückgezogen werden und nur die wenigsten die Arbeit fortsetzen, da sie ja entschädigt werden, so haben diese Schlussfolgerungen wenig Wert. Es ist festgestellt worden, daß 150 Mann sich gegenwärtig noch, trotz Krankheit, in den Bergwerken aufhalten, und es wird bestimmt behauptet, daß für diese die Krankheitsymptome nicht schlimmer geworden sind als bei denjenigen, die den Beruf verlassen haben. Aber es handelt sich hier oft um höhere Angestellte, die der Staubgefahr weniger ausgesetzt sind und sich auch wirtschaftlich besser stellen.

Bei Silico-Tuberkulose ist die Prognose immer sehr düster. Die Krankheit wird schlimmer, wenn die Tuberkulose vor der Silicose ausgebrochen ist; junge Leute leiden mehr darunter als alte.

Ausgrabungen und Funde in Tunis und Ägypten, und die schönen edlen Erzeugnisse in den Museen Griechenlands und Italiens, gliederte Geheimrat Dr. Rosenthal von dem bekannten Porzellanwerkzeugern seiner Manufaktur eine Töpferei an, die von der mechanisierenden modernen Technik weitgehend die alten Methoden der Handarbeit und der Töpferscheibe in Zusammenarbeit mit Künftlern und Technikern wieder aufleben lassen will. Die Ausstellung bot ein eigenartig-interessantes Bild, weil hier versucht wurde, die unmittelbare Vision der Form unerkünstelt in einer gewissen Mittelvollendung mit Anwendung aller möglichen Glasurtechniken aus dem Brennofen herauszubringen. In der Tat erscheint hier der Töpfer mit Unrecht lange Zeit gering geschätzt, und nur für Majoliken und Fayencen abelig gesprochen als hochwertiges Material formendben Kunst. In der Staatsschule für angewandte Kunst experimentiert mit allen möglichen Tonarten Prof. Rida-Münkelin. Man hat sich dort, nachdem sich Freimiber von aus der Oberpfalz noch als etwas zu spröde erwies, für die langen rheinisch-westfälischen Tone entschieden. Diesen Eindruck laener, formfähiger Tone hat man auch aus den Materialien der Röntgenhaligen Ausstellung. Besonders die Tierplastiken, die mit den Dingen ausgeformt, herausgeschlemt und fertiggemacht sind, haben den Ausdruck unmittelbarer Verbindung zwischen Werkfertigkeit und Idee. Auch die verschiedenen Glasurtechniken in grün und roter Leberlautechnik, wie sie schon bei den Chinesen angewandt wurde, zeigen eine ganz bedeutend gesteigerte Handwerkskunst und eine außerordentlich sichere Beherrschung der Naturformen. Auch die Metallfarbentechniken und die alten Töpferformen bei Vafen sind bemerkenswert gekannt. Diese Ausstellung und ihr Zielstreben stellt nicht nur die Verbindung von Handwerk, Kunst und modernen Absatzforderungen her, sondern ist zugleich ein Beweis, daß die alte Töpferei und das ehrsame Töpferhandwerk durchaus nicht überlebt sind, daß sie nicht durch mechanisch gestanzte Kacheln und Formen ersetzt werden können, sondern daß ihnen, wenn sie sich sinngemäß mit der modernen Zeit entwickeln und dem starken Bedürfnis der Innenarchitektur unserer Zeit Rechnung tragen, ganz neue Felber des Wirkens offenstehen, wie sie sich seit 200 Jahren nicht gezeigt haben. Franz Scharb.

Amerika.

Einer unserer Kollegen erhält von einem deutschen Dreherkollegen einen Brief aus Nordamerika, den er uns zur Verfügung stellt. Ueber den Verband der Porzellanarbeiter und über sein Bemühen, diesem Verband beizutreten, schreibt der Kollege folgendes:

„Nun will ich Dir mein Wissen und meine Erlebnisse mit dem amerikanischen Verband mitteilen. Viel ist es nicht, aber reine Wahrheit, denn mir ist bis heute noch nicht vergnügt, im Verband einzutreten. Auch wird mein Verbandsbuch schon verfallen sein, weil ich schon anderthalb Jahre von Deutschland fort bin, und weil ich einmal frisch anfangen muß, wenn ich zurückkomme. Von den amerikanischen Fabriken ist bloß der dritte Teil organisiert und von denen halten sie alles fern, damit keiner hineinkommt. Ich und ein Kollege, er ist von München und hat in Nymphenburg als Dreher gelernt, arbeiten in Trenton, N. J., in der Lenox-Fabrik; da fing es an, schlecht zu gehen. Wir schauten uns nach Arbeit um in der S. Camel Fabr., dieses ist eine Verbandsfabrik. Wir hätten Arbeit bekommen, denn der Betriebsleiter ist ein Deutscher. Er fragte uns, ob wir im Verband sind, wir zeigten ihm unsere Verbandsbücher. Na, sagte er, da müßt ihr euch im amerikanischen Verband aufnehmen lassen, und sagte uns, wo wir hin sollen. Wir gingen hin, es war ein gewisser Anton Weiss, ein Deutsch-Ungar. Er wußte alle Ausreden, und wie wir nicht nachgaben und immer wieder kamen, dann sagte er uns zwei Fabriken. Da geht ihr hin, da bekommt ihr Arbeit, denn diese streiken zur Zeit; wir haben dieses aber glatt abgelehnt. Und wenn ihr in einer Verbandsfabrik hier anfangt, so werden wir alle Mittel versuchen, damit ihr wieder hinauskommt. Wir sagten, aber wir sind doch im Verband in Deutschland gewesen, haben doch unsere Bücher hier. Er sagte, „Ihr könnt ihr wegwerfen, die geben uns nichts an. Da sagten wir, das ist ja eine saubere Organisation; da wurde er auch noch grob und schimpfte über die Deutschen. Dann sagte er, nun will ich es euch auch sagen, wie hier der Verband ist. Nehmen wir an, der Verband ist in einem Zimmer und ihr kommt und wollt hinein, da pörrt er zu, damit ihr nicht hinein könnt. Und so ging es uns überall, wenn wir an einer Verbandsfabrik anknüpften. Ich bin jetzt in der kurzen Zeit im 4. Staat und konnte nur in Schwarz, d. h. in Nichtverbandsfabriken arbeiten. Ich warne jeden Kollegen, der gesonnen ist, sein Glück als Porzellaner in den USA zu suchen, nach Amerika zu wandern.“

Die Tätigkeit der Dreher zum Beispiel ist sehr stark unterteilt. Es macht nicht einer ein Stück, so wie es in Deutschland ist, fertig. Alles wird einzeln gemacht. Einer bringt die leeren Formen und nimmt die vollen weg. Der andere macht Blätter und wieder ein anderer schlägt sie über die Formen. Kollegen macht wieder ein anderer.

Die Arbeitszeit ist bei weitem nicht so geregelt wie in Deutschland. Die Geschäfte gehen augenblicklich sehr schlecht. Viele Porzellan- oder Steingutfabriken sind geschlossen wegen Auftragsmangel, andere arbeiten ein bis drei Tage in der Woche. So wie es in Porzellan- und Steingutfabriken ist, ist es auch in anderen Branchen. Eine Empfehlung an unsere Kollegen, in Amerika ihr Glück zu versuchen, kann ich nicht aussprechen.“

Oberflingensporn.

Am 15. November legte die Porzellanfabrik Bernhardt-Hütte, Sitz in Bleichhammer bei Sonneberg (Thür.), ihren Schmelzbetrieb in Oberflingensporn bei Naila, Mitt. Der Betrieb beschäftigte etwa 60 Arbeiter und Arbeiterinnen, die sämtlich entlassen wurden. Ungefähr zwanzig davon müssen die Aufarbeiten zu Ende führen. Ein Teil soll im Hauptbetriebe in Bleichhammer mit untergebracht werden, auch die Angestellten, da dort der Betrieb auf Badolitz umgestellt wurde. Dieses Badolitz ist ein billiger Ertrag für elektrotechnisches Porzellan, welches in der letzten Zeit schon verschiedentlich auf den Markt kam, und dem Porzellan ebenfalls. Ob dieses neue Produkt dieselbe Lebensdauer hat, bleibt abzuwarten. Infolge dieses neuen billigeren Produktes sind die Preise für elektrotechnische Porzellane in den letzten Monaten sehr gedrückt worden, so daß selbst eine lange Arbeitszeit, ungeheuer viel Ueberstunden und Lohn unter Tarif den Arbeitern nicht mehr reichten konnten. So lauten wenigstens die Angaben der Betriebsleitung. Die Arbeiterschaft ist etwas anderer Ansicht, nach ihrer Auffassung stimmt das nicht. Den Unternehmern oder den Teilhabern dieser Firma geht eben der Gewinn vor. Daß die Ansicht der Arbeiter richtig sein kann, dafür spricht die Tatsache, daß der Betrieb der Porzellanfabrik A. Alöder in Naila, Oberfranken, der eine halbe Stunde von Oberflingensporn entfernt liegt und dieselben elektrotechnischen Porzellane herstellt, Hochbetrieb hat, eine Menge neue Leute vor kurzem einstellte, die Tariflöhne bezahlt und keine Ueberstunden schüttelt, und kein Mensch wird behaupten wollen, daß der Komm.orientat A. Alöder in Naila in seiner Porzellanfabrik seinen Reichtum verpulvern will, um arm zu werden und stemeln zu sehen. Das werden die Gesellschafter der Porzellanfabrik in Bleichhammer und in Oberflingensporn, die in Sonneberg in ihren Villen sitzen, auch nicht brauchen. Ober ist es wirklich so weit?

Zukunft der Töpferei.

Im besten, großartigen Atelier mit dem angegebenen Bild und die zahllosen Wissen des Requiristales, habe ich mit Prof. Rida-Münkelin, dem Leiter der keramischen Abteilung der Staatsschule Nürnberg, im angeregten Gespräch über den Zustand der Töpferei. Prof. Rida-Münkelin verweist auf seine Münchener Zeit. Im Jahre 1922 hat er die große Halle I der Gewerbeschule zu einer Repräsentation der besten Töpferei ausgearbeitet. Zum ersten Male, sagte er, habe ich unter Witternden mancherlei Art die Keramik streng geachtet und nach Orten und Gruppen angeordnet. Als ich im Winter 1922/23 nach Nürnberg kam, fand ich keinerlei keramische Werke, und doch war es unbedingt notwendig; denn wir haben vor uns, daß der strenge, ansehnliche Stil, die moderne Innenarchitektur, sehr harten Bedarf an Keramik haben werde, und wir haben uns darin nicht getäuscht. Mit Unterstützung des bayerischen Staates entstand die Schule. Ganz selbstverständlich verband sich mit der Keramik die Töpferei. Wir legen Wert darauf, mit dem Handwerk in enger Fühlung zu bleiben. Wir nehmen Kunstgewerbeschüler, die Talent haben, wir nehmen auch Lehrlinge, die nach drei Jahren Lehrzeit im Töpfergewerbe ihre Handwerksprüfung machen. Alles ist Talentsache, und es dauert lange, bis unter den Händen des Glöwen auf der Drehscheibe der erste kunstgerechte Topf entsteht. Auch die Keramik erfordert zimmerwarme Arbeit, bis das Mel einbrennendes klar wird. Prof. Rida-Münkelin, von Hans aus Dillingen, baut den Unterricht vollständig aus dem Handwerksmäßigen auf. Auch die alle Handwerksmeister wird gelehrt, um schon frühzeitig von der geübtesten Arbeit, der fabrikmäßigen Herstellung abzugeben und zum echten, selbstständigen Handwerk überzuleiten. In einer großen Holzschleife mit Dreieck und Höhe für den Arbeiter, wird nach alter Manier die sogenannte Ueberschlagarbeit gelehrt. Ueber fertigen und waagerechten Stögen

werden Dösen, Koralle und große Stücke ebenso wie die kleinen im ganzen fertigmodelliert, und dann erst zum Brennen in den Ofen transportiert zerhackt. Dadurch wird die Monotonie der Stücke vermieden und der handwerklich-kunstmäßige Charakter der individuellen Arbeit erhalten. Auch auf der einseitigen Drehscheibe wird die Feinheit des Formens, soweit sie her ist, gelehrt, und ganz feine, hauchdünne Tassen, die dem alten wie Porzellan vorkommen, verraten die letzten Möglichkeiten der keramischen Form und der Glasur.

In dieser strengen und gründlichen Schulung berühren sich auch Kunsthandwerk und Handwerk die Talente, und sie werden vor allem auch mit den neuesten Möglichkeiten und Fortschritten bekannt gemacht; denn die Schule ist zugleich eine betriebliche Stätte des Experimentierens und Suchens nach Neuem. So ist hier auch und nach einer Reihe schwieriger farbiger Glasurversuche entstanden, und augenblicklich zählt man deren über hundert. Besondere sind die Rotglasuren zu erwähnen, wohl die ersten, die in Deutschland entstanden sind. Der Münchener Hohl, der in Parochina bei München eine keramische Versuchsanstalt aufrecht erhalten hatte und dann nach Nürnberg vertrieben wurde, ist der Förder dieser Rotglasuren, und er wird wohl, wie man hört, demnächst mit neuen Uebertragungen der keramischen Fachwelt aufwarten, die er zusammen mit Prof. Rida-Münkelin entwarf. Eine reichhaltige moderne Keramik mit Formen, die sich inzwischen eingeführt haben, originellen Kaffee- und Schirnkübeln aus glasiertem Ton, großformatigen Vorkanteln und tierischen Gefäßformen beweist die reiche Anregung, die die werktätige nächste Generation des Handwerks erhält.

Die Praxis dieser Bestrebungen und ihre Auswirkung im Rahmen großer Unternehmungen zeigte die jüngste Ausstellung in der Landesgewerbeanstalt Nürnberg. Angeregt durch die

Tariffündigung in der Kölner feuerfesten Industrie.

Der Lohnabbaublockade unterliegen auch die Arbeitgeber in der feuerfesten Industrie. Es ist dies eine alte Krankheit der Unternehmer, wenn die Betriebe nicht mehr so mit Aufträgen versehen sind, daß sie sich am Lohnkonto der Arbeiter schadlos halten. Das war auch in der Vorkriegszeit so. Ein besseres Mittel, die Produktionskosten zu senken, haben die Arbeitgeber in ganz Deutschland noch nicht entdeckt.

Was kann bei den zur Zeit festgelegten Löhnen überhaupt noch gesenkt werden? Der Stundenlohn des ungerollten Arbeiters beträgt 77 Pf., der angelegerte Arbeiter hat 70 Pf. Dem Handwerker gibt man 90 Pf. pro Stunde.

Die Akfordüberverdienste sind in allen 5 Kölner Betrieben schon um 5 bis 10 Proz. gesenkt worden. Man kann anscheinend den Hals nicht voll kriegen und will nun auch noch die sehr geringen Tariflöhne kürzen. Mit anderen Worten: die Kaufkraft der großen Masse muß noch mehr gesenkt werden. Und das nennt sich dann Inflation der Wirtschaft.

Das Münchinger Schreiben hat folgenden Wortlaut, den sich jeder Arbeiter in der feuerfesten Industrie merken muß.

An den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands (Gewerkschaftsbund), Köln.

Wir kündigen Ihnen hiermit das Lohnabkommen für die feuerfeste Industrie von Köln und Umgegend vom 21. Mai 1920 form- und fristgerecht zum 31. Dezember 1930.

Zu diesem Schritte zwingt uns die schwere wirtschaftliche Lage, mit der die Werte unseres Verbandes zu kämpfen haben.

Demnachst werden wir Ihnen unsere Vorschläge für das neue Lohnabkommen unterbreiten und Sie rechtzeitig zu einer Aussprache einladen.

Hochachtungsvoll
Arbeitgeberverband für die feuerfeste Industrie
Dr. Ged.

Nun sind wir neugierig, welche wunderbaren Vorschläge der Arbeitgeberverband der Arbeiterschaft zu Weihnachten, dem Feiertag der Liebe, unterbreiten wird.

Daraus erhellt aber die Arbeiterschaft, woher der Wind kommt, und daß eine geschlossene Organisation gegenwärtig die erste Voraussetzung ist. P. Hertwig.

Mosaikplattenverband verlängert.

Der zum Ende d. J. ablaufende Verband der Mosaikplattenwerke ist in der letzten Mitgliederversammlung um drei Jahre, also bis zum 31. Dezember 1933, verlängert worden. In dieser Versammlung wurde auch beschlossen, durch Schaffung von einheitlichen Preis- und Lieferbedingungen eine Besserung der Marktverhältnisse zu schaffen. Man will auch eine Vereinheitlichung der Sortierungen vornehmen. Auch sollen an Händler und Abnehmer bis zu einer gewissen Höhe Rabatte und sogenannte Streifenrabatte gewährt werden.

Für die Übergangszeit ist eine Zwischenlösung geschaffen worden in der Abstattgewährung. In einer Anfang Dezember stattfindenden Versammlung soll erneut zu den Fragen: Schaffung einheitlicher Preis- und Lieferbedingungen, die dann eventuell ab 1. Januar 1931 Geltung haben sollen, Stellung genommen werden.

Leipzig, Bildungsarbeit.

Zur Unterstützung der angestellten Kollegen haben wir in unserer Zählstelle Branchenleitungen geschaffen. Diese Branchenleitungen sind so aufgebaut, daß aus allen größeren Betrieben eine Kollegin oder ein Kollege herangezogen wird, um im Verbandsleben mitzuarbeiten. Für alle uns anstehenden Branchen besteht eine solche Leitung. Die Arbeiter, die zu berichten sind, werden in periodisch stattfindenden Sitzungen besprochen. Sie erörtern sich außer auf Fragen der betreffenden Branchen hauptsächlich auf Erhaltung und Gewinnung von Mitgliedern durch Betriebs- und Hausagitation.

Am den Kolleginnen und Kollegen das nötige geistige Rüstzeug zu geben und damit sie den indifferenten Arbeitskolleginnen und Kollegen Aufklärung über das Werden und Wirken unseres Verbandes geben können, veranstaltete unsere Zählstelle vier Kurzsitzungen, die im November stattfanden.

Am ersten Abend behandelte der Kollege Förner „Die Entstehung der Gewerkschaften im Allgemeinen“, dann folgte am nächsten Abend Kollege Moritz mit dem Thema: „Die Entstehung und Entwicklung unseres Verbandes“. Kollege Schumann sprach über die „Agitation und uns zuziehende Branchen“. Der Kollege Heinrich hatte zum letzten Abend die „Leistungen unseres Verbandes“ zu behandeln.

Während die ersten beiden Abende in Vortragsform mit anschließender Diskussion behandelt wurden, fanden die beiden letzten in Form von Arbeitsgemeinschaften statt. An der regen Aussprache bzw. an den lebhaftesten Fragen und Antworten bei den Arbeitsgemeinschaften sah man, daß das Interesse für diese Abende groß war. Manche Unstimmigkeit konnte aufgeklärt werden und vielen, vor allen Dingen den jüngeren Kollegen wurde klar, welche Wege bei der Agitation beschritten werden können und welche Wege und Klippen aber auch überbrückt werden mußten im Laufe der Jahrzehnte.

Das Ziel, unsere Branchenleitungsmitglieder fähigster gemacht zu haben gegen Angriffe und faule Ausreden, glauben wir erreicht zu haben. Wir hoffen auch, daß sich diese Abende zugunsten unseres Verbandes auswirken werden, so daß wir neue Mitglieder gewinnen können, die dann mit uns gemeinsam den Sturm der sozialen Reaktion abwehren zum Nutzen unserer Mitglieder und schließlich zum Nutzen der gesamten Arbeiterbewegung.

Die Beteiligung war sehr rege, es fehlten nur Kollegen, die durch Krankheit oder Schicht als unabsichtlich zu entschuldigen waren. F. M.

Trotz Wirtschaftskrise — Arbeitszeitverkürzung.

(SFB.) Als sich zur Zeit der wirtschaftlichen Hochkonjunktur amerikanische Unternehmer für höhere Preise und für Arbeitszeiten einsetzten, kritisierten die europäischen Unternehmer die Verkürzung solcher Ausprägung durch die Arbeiterpreise mit der Bemerkung: Das reiche Amerika kann sich eine solche Politik leisten; in Europa liegen jedoch die Verhältnisse anders, und deshalb sind die Parolen der amerikanischen Unternehmer in der Welt unangebracht.

Genau so haben die USA in gleichem Maße unter der Wirtschaftskrise wie die europäischen Länder. Trotzdem kommt es aber auch heute noch vor, daß sich oberste Regierungsinstanzen und Unternehmensvereinigungen für die Verkürzung der Arbeitszeit einsetzen. So sprach sich im Monat Oktober, als die Krise ihren Höhepunkt erreichte, eine 568 Unternehmen umfassende Arbeitgebervereinigung der Seidenindustrie für eine 4-Stunden-Woche aus und bezeichnete die 5-Tage-Woche als „das einzige Heilmittel“ für die bestehende Lebensproduktion und Arbeitslosigkeit. Bei einer durch lange Arbeitszeiten und technischen Fortschritt gesteigerten Produktion und damit bei einer wachsenden Konkurrenz können, so heißt es, die Unternehmer nicht mehr gewinnbringend arbeiten, selbst wenn die Löhne der Arbeiter noch weiter herabgesetzt würden! Die Arbeitslosigkeit wird als die größte Gefahr für die ... Unternehmer bezeichnet.

Internationales

Jubiläumskongress des amerikanischen Gewerkschaftsbundes.

Die A. F. of L., die auf ihrem diesjährigen Kongress anfangs Oktober zu Boston das 50-jährige Bestehen feierte, ging 1881 aus den gewerkschaftlichen Organisationsplattieren hervor, die es damals in Amerika gab. Die 1862 gegründete Knights of Labor (Ritter der Arbeit) hatte sich unfähig erwiesen, dem Gewerkschaftswesen Sinn und Richtung zu geben, und so entstand der Gewerkschaftsbund, dessen Aufgabe es war, eine tiefempfundene Lücke im wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter auszufüllen.

Träger des Gewerkschaftsprinzips waren Samuel Gompers und Adolf Strasser. Ersterer ein Zigarrenmacher, holländisch-jüdischer Abstammung, letzterer ein Thüringer, der schon ehe er nach Amerika emigrierte, in Deutschland die Arbeiterbewegung kennenlernte. Auch als er schon in Amerika lebte, stand er mit deutschen Sozialisten der von Karl Marx gegründeten Internationalen Arbeiterassoziation in Verbindung.

Die diesjährige Tagung der Convention (Kongress) stand ganz im Zeichen der Wirtschaftskrise, die auch Amerikas Arbeiterklasse schwere Wunden schlägt. Die Gewerkschaftsbewegung ist in der Defensive. Forderungen zum allgemeinen Lohnabbau schwirren in der Luft umher. Unter Führung von Präsident Hoover suchte man wohl durch bestimmte Maßnahmen den wirtschaftlichen Abrutsch zu bannen, doch kommt man über schüchterne Versuche nicht hinaus. Hoover ist eben Manchestermann vom Scheitel bis zur Sohle, der nichts unternimmt, was die „private Initiative des Unternehmers“ beengen könnte. „Keine staatlichen Eingriffe“ ist das Regierungsprogramm, das auch noch immer vom Vorstand des Bundes unterstützt wird.

Nicht mit Unrecht spricht Herbert Hoover in seinen Reden von der „technologischen Arbeitslosigkeit“, die so viele Arbeiter aus dem Produktionsprozeß stößt. Technische Fortschritte der letzten Jahre haben die Massenproduktion auf eine bisher ungeahnte Weise gesteigert. Neue arbeitersparende Maschinen führten zu massenweiser Kündigung von Arbeitern. Als Gegengewicht formulierte die vorjährige Convention die Forderung der staatlichen Altersversicherung, wodurch man wenigstens in einem sehr wichtigen Punkte die Gegnerschaft gegen die soziale Versicherungsgesetzgebung aufgab. Aber zur Förderung der staatlichen Erwerbslosenversicherung konnte sich die diesjährige Convention noch nicht aufschwingen. Ein dahingehender Antrag war von einigen Nationalverbänden eingebracht worden, doch hatte sich die Exekutive des Bundes durch den Mund des Präsidenten Green schon vor Zusammentritt des Kongresses gegen die Annahme der Forderung ausgesprochen. „Justice“, das Organ der Damenkonfektionsarbeiter, schreibt über die Aussprache:

„Die Reden über das Problem der Erwerbslosenversicherung verfolgte ich mit größtem Interesse. Es herrschte volle Redefreiheit. Jeder konnte so lange reden, wie er wollte. . . . Der Rede des Präsidenten Zaritzky von den Mützenmachern zugunsten der Versicherung wurde große Aufmerksamkeit gewidmet. Es war eine Rede, die viel Beifall auslöste. Ihr Erfolg war jedoch gleich Null. Ich glaube, die Stellung der Delegierten war schon beschlossene Sache, noch ehe der Kongress an die Erledigung seines Ar-

beitspensums ging. Damit will ich nicht sagen, daß Reden in diesem Gremium nutzlos sind. Bleiben auch die hier gehaltenen Reden ohne sichtlichen Erfolg, so sind sie doch ein Mittel zur Aufrüttelung der Massen der Gewerkschaften.“

Nicht ohne gewisse Pikanterie war das Erscheinen Herbert Hoovers, Präsident der USA., als Gast der Convention. Er beehrte die Delegierten mit einer Ansprache. Ueber diese Rede schreibt „Justice“ in ihrer Nummer vom 24. Oktober, nachdem das Blatt mitgeteilt hatte, die Ausführungen seien von den Delegierten ohne besonderen Enthusiasmus aufgenommen worden:

„Die Rede war nicht nur ein kalter und farblosler Erguß. Sie enthielt auch rein gar nichts, was zu Enthusiasmus Veranlassung gab. Hauptsächlich befaßte sich Hoover mit dem Problem der Erwerbslosigkeit. Was aber hatte er eigentlich zu sagen? Was erfuhren die Delegierten aus der Rede? Nichts, oder doch das eine, er sei gegen jede Form der staatlichen Erwerbslosenversicherung.“

Der Kongress, der den Bericht der Exekutive annahm, ging über das Problem der Einführung der staatlichen Erwerbslosenversicherung zur Tagesordnung über. Ueber die von der Exekutive vorgeschlagenen Abwehrmaßnahmen äußert sich „Justice“:

„Der nächste wichtige Punkt der Tagesordnung betraf die Forderung für Einführung der fünfständigen Arbeitszeit. Zu diesem Punkt legte der Resolutionsausschuß dem Kongress einen Bericht vor, in dem es heißt: „Trotzdem durch die Technisierung in den letzten fünf Jahren zwei Millionen Arbeiter im Produktionsprozeß von Industrie, Eisenbahn, Agrikultur überflüssig wurden, ist die Produktionsmöglichkeit gewaltig gestiegen. Wenn die Technisierung anhält, was anzunehmen ist, werden noch mehr Arbeitskräfte überflüssig werden!“

Wie der Ausschuß mitteilt, gibt es keine statistische Berechnung über die Zahl der Arbeiter, die notwendig wäre zur vollen Befriedigung des In- und Auslandsmarktes. Bestände jedoch solche mit wissenschaftlichen Methoden durchgeführte Berechnung, dann würde sich ergeben, daß bei Anspannung aller Arbeiter nur 150 bis 200 Arbeitstage pro Jahr genügen würden. Schon haben Regierungsstatistiker herausgefunden, wenn heute alle Produktionsmittel zur vollen Ausnützung kämen, in 150 Arbeitstagen mehr produziert werden könnte, als vor drei Jahren in 365 Tagen. Es besteht eben ein großes Mißverhältnis zwischen erhöhter Produktionsmöglichkeit einerseits und Absatzmöglichkeit andererseits. Der notwendige Ausgleich soll und muß nach Ansicht des Ausschusses durch bedeutende Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne kommen.

Der Bericht wurde per Akklamation angenommen.

Die erregteste Debatte drehte sich um die Frage des Tagungsortes der nächstjährigen Convention, die auf Vorschlag der Exekutive in Vancouver sein wird. Die Opposition gegen den Vorschlag war heftig aber zwecklos. Von Neuyork nach Vancouver zu reisen dauert volle fünf Tage und fünf Nächte. B. Weingartz.

Kein offener Licht
auf
Dachboden und Speicher

Rauchen verboten

Volksfürsorge.

Die Lebensversicherung gewinnt ständig an Ausdehnung. Mitte des Jahres hatten sämtliche deutschen Lebensversicherungsgesellschaften einen Bestand von 12,65 Millionen Versicherungen mit ungefähr 16,7 Milliarden Reichsmark Versicherungssumme. Unser eigenes Versicherungsunternehmen, die Volksfürsorge gewerkschaftlich-gesellschaftliche Versicherungsgesellschaft, hat erheblichen Anteil an diesem Gesamtergebnis. Allein 2,1 Millionen Versicherungen mit 870 Millionen RM Versicherungssumme zählt die Volksfürsorge. Wenn berücksichtigt wird, daß 83 private und öffentliche Lebensversicherungsanstalten in gegenseitiger Konkurrenz in allen Bevölkerungskreisen um Versicherungsabschlüsse bemüht sind, wozu sich noch die Abnehmerversicherungsunternehmen und privaten Sterbekassen gesellen, die der Aufsichtspflicht nicht unterliegen, verleiht die Volksfürsorge eine besonders hochwertige Einbürgerung. Viele freie Gewerkschafter und Mitglieder der Gewerkschaften haben als Verkauftensteuer durch tätige Mitarbeit der Volksfürsorge zu diesem Aufstieg beigetragen. Diese Opferwilligkeit verdient Beachtung in allen Kreisen der arbeitenden Bevölkerung, die daraus den Schutz ziehen sollte. Lebensversicherungen nur bei der Volksfürsorge abzuschließen.

Literarisches.

„Der 224 der Erde“ heißt der neue, 100 farbenprächtige Kartenseiten umfassende Atlas, den Verlagsges. & Klasing soeben auf dem Buchmarkt bringen. Es ist ein nach ganz zeitgemäßen Anforderungen angebautes Kartenwerk mit überaus zahlreichen, wichtigen statistischen Angaben und einem alphabetischen Namenverzeichnis von etwa 135 000 Namen. Dieses neue „Bild der Erde“ ist ein unentbehrliches Ratgeber und Richter in allen erdrechtlichen Streitfragen; es leistet unschätzbare Dienste, wenn es sich darum handelt, die genaue Ortslage, die Ausdehnung eines Landes, seine Grenzen, die Verkehrswege, seine staats- und bevölkerungswirtschaftlichen und wirtschaftlichen Grundlagen zu ermitteln. Besonders wertvoll sind die statistischen Kenntnisse, vermittelt der handliche Band seinen fleißigen Benutzern der ganzen Welt. Denn er liefert, den er liefert, wird sich für das praktische Leben ergeben, wo immer es darum ankommt, gründliches Wissen und allgemeine Bildung zu beweisen. Der außerordentlich niedrige Preis von 4 RM für den geschmackvollen Ganzleinenband bietet jedermann Gelegenheit, in den Besitz dieses Kartenwerkes zu gelangen. Mit schönen Texten, Tabellen, Diagrammen zur Wirtschaft und Politik der einzelnen Länder stellt es eine neue, eigenartige schöpferische Leistung dar, die dem Verlag alle Ehre macht.

„Soziale Bauwirtschaft.“ Bezugsgebühr monatlich 1,50 RM, Organisationspreis 75 Pf. Einzelheft 1,80 RM. Das soeben erschienene Doppelheft 2/23 der „Sozialen Bauwirtschaft“ enthält einen ausführlichen Bericht über die am 27. und 28. Oktober 1930 im großen Plenarsaal des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates stattgefundenen Verhandlungen des Sechsten Deutschen Bauhüttenverbandes. Das lesenswerte Heft enthält dann noch den Geschäftsbericht des Verbandes sozialer Baubetriebe für das Wirtschaftsjahr 1929/30, der erfreulich den Anstieg der Bauhüttenbewegung zeigt und die Mitteilung von der Kapitalerhöhung des Verbandes sozialer Baubetriebe von 4 auf 6 Millionen Reichsmark.

Ratgeber für die Krankenversicherung, von Arthur Than, Leipzig. Heft 3 von Wordels Schlüsselbüchern. 10. Auflage (36.—40. Tausend). Verlag Friedrich A. Wordel, Leipzig C 1, Königstr. 26 B. Einzelpreis 0,70 RM. bei Partiebustellungen von 10 Stück an Ermäßigungen. Von diesem Büchlein sind nahezu 40 000 Stück verbreitet worden. Im Wechsel von Frage und Antwort gelangen in diesem Werkchen die hauptsächlichsten Grundsätze und Tatsachen auf dem Gebiete der Krankenversicherung zur Darstellung. In der vorliegenden Auflage fanden die wesentlichen Bestimmungen der Notverordnung vom 26. Juli 1930 Berücksichtigung, die in vielen Fällen für die Versicherten bei Inanspruchnahme der Kassenleistungen sehr einschneidende Vorschriften mit sich brachten. Es ist daher für jeden Teilnehmer am Gebiete der Krankenversicherung vertraut zu machen. Wer sich hierüber rasch unterrichten will, dem sei die Anschaffung dieser Neuauflage dringend empfohlen.

Der Ausweg aus der Krise, von Ernst W. Neumann, Grundstein-Verlag, Berlin N 113, 48 Seiten, Preis 0,80 RM. Die Schrift befaßt sich mit den Wirtschafts- und Sozialfragen unserer Zeit, behandelt das Arbeitslosenproblem in Verbindung mit der Arbeitszeit, Lohnfrage, Konjunktur, Ausfuhr und Preisgestaltung, und kommt zu dem Schluß, daß die Wirtschaft andere Wege einschlagen muß, wenn sie aus den Schwierigkeiten herauskommen will, und zwar Wege, die dem Wesentlichen auch von den Gewerkschaften als gangbar erachtet wurden. Das Material erscheint gerade zur rechten Zeit und soll dazu beitragen, die Öffentlichkeit wachzurütteln.

Angestelltenversicherungsgesetz, von Rudolf Peters, Leipzig. (Heft 1/2 von Wordels Textausgaben). 4. Auflage. Verlag Friedrich A. Wordel, Leipzig C 1, Königstr. 26 B. Einzelpreis 1,40 RM. bei Partiebustellungen von fünf Stück an Ermäßigungen. Alle bis einschließlich September 1930 veröffentlichten Änderungen konnten voll berücksichtigt werden und sind, wie in den vorhergehenden Auflagen, kenntlich gemacht worden. Die handliche Form und das sehr ausführliche Sachregister rechtfertigen die Empfehlung dieser wohlfeilen Textausgabe für den praktischen Gebrauch.

Verbandsnachrichten

Ausschlüsse.

Ausgeschlossen wurde gemäß § 14 Ziffer 5 des Verbandsstatuts das bisherige Mitglied der Zählstelle Stuttgart: Willy Stein, Widnummer SII 337 973; ferner nach § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts das bisherige Mitglied der Zählstelle Berlin: Fritz Beao, Widnummer 1 086 406.

Selb.

Gaht Verwaltungsbeschluss dient den Mitgliedern erneut zur Kenntnis, daß das Büro für den Parteiverkehr nur nachmittags geöffnet ist. Um ein ordnungsgemäßes Arbeiten zu ermöglichen, werden die Mitglieder gebeten, danach zu handeln.

Ludwigshafen a. Rh. Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Van 12, Büro: Ludwigshof 4, Telefon: 62842.

Arbeitsmarkt.

Junger Porzellanmaler, 19 Jahre alt, perfekt in allen vor kommenden Arbeiten, sucht Stellung. Offerten erbeten an die Zählstelle der Fabrikarbeiter, Freiberg i. Sa.
Seitiger Porzellanmaler oder Sortierer, in allen Arbeiten der Porzellanbranche bewandert, sucht Stellung. Angebote an Fritz Kaufner, Rauenstein (Thür.), Lange Gasse 4.
Seitiger Arbeiter, 25 Jahre alt, der mit familiären Verarbeiten auf Belenchtungs- und Bleikristallglas bestens vertraut ist und schon Arbeit selbstständig geleitet hat, sucht Stellung. Antritt kann sofort erfolgen. Gefl. Angebote an H. Pering, Bahren, Nordstr. 1, erbeten.

Unseren Frauen u. Mädchen

Arbeiterinnenschutz nach den Jahresberichten der Gewerbeaufsicht.

Es wird in den Jahresberichten 1929 der Gewerbeaufsichtsbehörden mehrfach mitgeteilt, daß das Gesetz über die Beschäftigung vor und nach der Niederkunft sich im Berichtsjahre günstig ausgewirkt habe. Die Arbeiterinnen verlassen meist frühzeitig den Betrieb. Bekanntlich tritt der Schwangerschutz bereits sechs Wochen vor der Niederkunft in Kraft und erstreckt sich auf sechs Wochen nach der Niederkunft; wenn die Arbeitsfähigkeit noch nicht gegeben ist, auf weitere sechs Wochen, so daß der Mutterschutz ausgebeht ist auf insgesamt achtzehn Wochen.

Im folgenden einige Einzelberichte, die wir natürlich auch kritisch zu betrachten haben. Gabe es in den Gewerbeaufsichtsbehörden mehr tüchtige, d. h. auch gewerkschaftlich geschulte Beamte, läge es sicher mancherorts besser aus. Vor allen Dingen aber liegt ein großer Mibstand darin, daß der Arbeiterinnenschutz nicht durch tüchtige Arbeiterinnen selbst für die Gewerbeaufsichtsbehörden gewährleistet wird. Das ließe sich alles ändern, wenn — ja, wenn die politische Macht der Arbeiterklasse eine größere wäre.

In Hamburg wurden in Gemeinschaft mit der Gesundheitsbehörde 446 Schwangerschaftsfälle bearbeitet, von denen 88,6 v. H. zur Gruppe gewerbliche und 16,4 v. H. zur Gruppe kaufmännische Arbeit gehörten. Bei den Erkundigungen ergab sich, daß 40,7 eine stehende Beschäftigung hatten, während 41,4 eine stehende, 14,1 eine abwechselnde und 8,8 eine gehende Beschäftigung auswiesen.

Ueber Beschwerden bei der Arbeit klagten 14,4 v. H., die übrigen 85,6 v. H. gaben an, keine Beschwerden zu haben. Die Beschwerden bestanden in Erbrechen, Ohnmachtsanfällen, geschwollenen Füßen und Beinen, Krampfadern, Rücken-, Nerven- und Herzschmerzen sowie Blutungen. Nach Ansicht des zur Mitarbeit herangezogenen Dezermenten der Gesundheitsbehörde waren fast sämtliche Beschwerden nicht auf die von den Arbeiterinnen ausgeübte Tätigkeit zurückzuführen, sondern mehr oder weniger als Beschwerden zu betrachten, die eine Schwangerschaft allgemein mit sich bringt. Obgleich ein besonderer Fall einer Darmstärkerin könnte hier vielleicht mit der gewerblichen Beschäftigung in Zusammenhang gebracht werden. Diese Schwangere, die dauernd stehende Arbeit verrichten mußte, hatte sich eine Schwangerschaftsniereenerkrankung zugezogen.

Die Arbeit wurde in den meisten Fällen mehrere Wochen vor der Entbindung eingestellt. Es arbeiteten:

- bis zu 1 Woche vor der Entbindung 25 Schwangere = 5,8 v. H.
- bis zu 2 Wochen vor der Entbindung 29 Schwangere = 6,5 v. H.
- bis zu 3 Wochen vor der Entbindung 40 Schwangere = 9,0 v. H.
- bis zu 4 Wochen vor der Entbindung 48 Schwangere = 10,8 v. H.
- bis zu 5 Wochen vor der Entbindung 55 Schwangere = 12,3 v. H.
- bis zu 6 Wochen vor der Entbindung 84 Schwangere = 18,9 v. H.

Nach früher hatten 188 Schwangere = 86,6 v. H. die Arbeit eingestellt. Das Gesetz über Wochenhilfe vom 18. Mai 1920, welches unter anderem die Höhe des Wochenlohnes auf 1/2 des Grundlohnes festsetzte für sechs Wochen vor der Niederkunft, sofern die Schwangere keine Arbeit gegen Entgelt verrichtet, war hier sicher nicht ohne Einfluß geblieben.

87,8 v. H. hatten eine normale Geburt, 2,7 v. H. waren Frühgeburten, 7,9 v. H. Schwergewürten, 1 Fehlgeburt und 1 Totgeburt. Der Bericht mutet eigenartig an, indem es bei der Meldung der Schwergewürten heißt: „7,9 v. H. Wöchnerinnen wolle eine Schwergewürten durchgemacht haben“, und weiter wird dann berichtet: „Unter den „angeblichen“ Schwergewürten waren

- 9 = 2 v. H. Rangengeburt,
- 4 = 0,9 v. H. Kaiserschnitte und
- 18 = 3,5 v. H. Steißgeburten

zu verzeichnen.“

Von den sechzehn Wöchnerinnen, die eine Steißgeburt durchgemacht hatten, waren 9 stehend, 5 sitzend und 2 abwechselnd stehend und sitzend beschäftigt gewesen.

Im Bericht heißt es dann weiter über die Wiederaufnahme der Arbeit, daß die betreffenden Arbeiterinnen zum Teil nicht wieder eingestellt werden konnten, weil sie sich für die Arbeit als „nicht geeignet“ erwiesen hätten oder weil in dem Betrieb inzwischen „Arbeitsmangel“ eingetreten war. In dreizehn Fällen wurde die Arbeit schon vor Ablauf der sechs-wöchigen Schonfrist wieder aufgenommen. In einem Falle hatte sich die Arbeitnehmerin bei der allgemeinen Ortskrankenkasse bereits nach 24 Tagen wieder gesund gemeldet. Das gibt es auch, obgleich das Gesetz vorschreibt, daß vom Tage der Entbindung bis zur Wiederaufnahme der Arbeit eine Frist von 6 Wochen verstrichen sein muß, und für diese Zeit Unterstützung gezahlt wird.

Aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf wird berichtet, daß die gesetzlichen Vorschriften über Schwangeren- und Wöchnerinnenschutz wiederholt in Erinnerung gebracht werden mußten. In einer Wäschefabrik wurde eine Schwangere angetroffen, die mit Rücksicht auf die Arbeitslosigkeit des Ehemannes bis zur Niederkunft arbeiten wollte; es gelang, die Frau zur Einstellung der Arbeit zwei Wochen vor der Niederkunft zu bewegen. Eine Gewerbekontrolleurin vermochte es, eine ledige Schwangere vier Wochen vor der Niederkunft zur Einstellung der Arbeit zu bewegen. Von den Stillpausen wurde vielfach kein Gebrauch gemacht.

Regierungsbezirk Köln berichtet, daß über die gesetzlichen Mutterschutzbestimmungen noch größte Unwissenheit herrsche, trotzdem vielfach die Bestimmungen in den Betrieben ausüben. Selbst die Betriebsräte seien oft nicht genügend aufgeklärt. Bei Betriebsbesichtigungen wurde erst durch die Gewerbekontrolleure Aufklärung geschaffen. In einer Stelle heißt es: „Wie sehr die Arbeiterinnen besorgt sind, keinen Lohnausfall zu erleiden, konnte in einer Schuhfabrik festgestellt werden. Hier fand eine Beamtin zufällig im engen, ungeeigneten Baderraum eine Arbeiterin beim Stillen ihres Kindes, das ihr von dem arbeitslosen Ehemanne während der Mittagspause in den Betrieb gebracht wurde. Die junge Mutter erklärte, daß sie erst vor kurzer Zeit in dem Betriebe untergekommen sei und, um jeden Lohnausfall zu vermeiden, ihrer Mutterpflicht freiwillig während der Mittagspause genügen wolle. Auch der Hinweis auf die Schutzbestimmungen des § 3 des Gesetzes über die Beschäftigung vor und nach der Niederkunft vom 16. Juli 1927 konnte die Arbeiterin nicht veranlassen, besondere Stillpausen zu erbitten. Die Firmenleitung, der bis dahin der Fall unbekannt war, sagte die Bereitstellung eines geeigneten Raumes sowie die künftige Bezahlung der Stillpausen zu.“

Im Bericht über die Stadt Berlin wird nur kurz gemeldet: „Die Sonderbestimmungen für die Beschäftigung von Schwangeren und Wöchnerinnen waren in den gewerblichen Betrieben allgemein bekannt und wurden beachtet. Stillpausen wurden von arbeitenden Müttern nur selten verlangt und bereitwillig gewährt.“

Inhalt berichtet kurz: „Verträge gegen die Bestimmungen des Wöchnerinnenschutzes im Sinne des Gesetzes über

die Beschäftigung vor und nach der Niederkunft vom 16. Juli sind nicht bekannt geworden. Die Bestimmungen über Wöchnerinnenschutz wurden in 20 Betrieben zum Ausschlag empfohlen und die Betriebsräte und Arbeiterinnen wurden selbst besonders darauf hingewiesen.“ Man sieht hier deutlich genug, wie manche Behörden sich die Sache furchtbar leicht machen.

Aus Freistaat Sachsen wird berichtet, daß die Beachtung der Mutterschutzbestimmungen im Berichtsjahre wesentlich besser geworden sei. Die Kenntnis dieser Bestimmungen und ihres Zweckes sei durch die Verbreitung eines Merkblattes über die Schutzvorschriften mit zufriedenstellendem Erfolg gefördert worden. Die Arbeitgeber und ihre Beauftragten ließen sich im Einvernehmen mit den Betriebsverträgungen die Wahrnehmung des Schutzes der werdenden Mutter in steigendem Maße angelegen sein. An der dazu so nötigen Aufklärung der werktätigen Bevölkerung — insbesondere der Frauen selbst — arbeiteten Gewerkschaften, Organe der Wohlfahrtspflege, Krankenkassen, Hebammen, Ärzte mit der Gewerbeaufsicht Hand in Hand.

Für die Durchführung der Staatsbeihilfe für Schwangere Arbeiterinnen war im Zeitraum vom April 1928 bis Dezember 1929 die Summe von 529 000 M. erforderlich. — Die Finanzspruchnahme der Staatsbeihilfe erfolgte im Jahre 1928 für 3057, im Jahre 1929 für 11 004 Entbindungsfälle. Da in Sachsen die Krankenkassen zur Zeit im Jahre mit 30 000 Entbindungen bei gewerblichen Arbeiterinnen rechnen, sind dies 1928 = 13,6 v. H., 1929 = 36,7 v. H. aller Entbindungen.

Der sächsische Staat gewährt bekanntlich eine besondere Staatsbeihilfe vor der Niederkunft, die den schwangeren Frauen auf Antrag gewährt wird. Die Beihilfe gewährt die

Frau und Mann in der gegenwärtigen Kulturkrise.

Das große Interesse, das sich heute den Veränderungen in der soziologischen Lage der Frau, in ihrer Stellung zum Beruf, zur Ehe und Familie und schließlich auch zum Manne zugehend hat, hat schon jetzt einige Früchte getragen. Ueber gewisse Erscheinungen des heutigen Lebens, über die Ehekrise auf der einen Seite und über die bewußte Berufstätigkeit der Frau auf der anderen Seite, wissen wir schon soviel, daß man zusammenfassend den Widerspruch gewinnen kann, von dem aus man die Dinge übersehen und einen möglichen Weg aus dem Chaos finden kann, das uns heute umgibt. Es ist dies eine um so schwerere Aufgabe, je mehr man selbst unter der Wirkung der allgegenwärtigen Anschauungsweisen steht. Man kann öfters Vertreter der radikalsten soziologischen Anschauungen über Staat, Gesellschaft und Wirtschaft hören, aber wenn diese dann ihre Meinungen über Ehe, Frau und Liebe entwickeln, dann muß man doch staunen, daß solche fortschrittlich gesinnten Menschen in diesen Dingen noch die ältesten gedanklichen Leidenhüter vergangener bürgerlicher Anschauungen in ihr neues Lebensbild mit hinübergenommen haben. Ich sage „bürgerlich“ im Gegensatz zu „proletarisch“, verhebe aber unter „proletarisch“ etwas Kulthütiges. Denn darüber müssen wir uns klar sein, daß die herrschenden Ansichten über Ehe und Frau auch noch die verbreitetsten bei uns sind. Das ist so ist, ist geschichtlich zu verstehen: das Proletariat mußte die Ansichten des herrschenden Bürgertums übernehmen, es macht sich erst jetzt langsam von jeglicher Bevormundung frei. Wir wissen aus den Zeiten des beginnenden Hochkapitalismus, daß sich genug Arbeiterstimmen gegen die Erwerbstätigkeit der Frau erhoben, besonders mit der Begründung, daß dadurch das Familienleben der Arbeiter gänzlich zerstört werden würde. So z. B. war auf dem französischen Arbeiterkongress im Jahre 1877 die Forderung nach völligen Verbot der Frauarbeit aus ebendiesem Grunde aufgestellt worden. Der Antrag wurde zwar mit großer Mehrheit abgelehnt, aber immerhin ist interessant, daß solch ein Antrag überhaupt gestellt werden konnte.

Daß die Erwerbstätigkeit der Frau auch damals schon keine seltene Erscheinung war, zeigen die Zahlen aus der Gewerbezahlung des Deutschen Reiches im Jahre 1888. Es wurde damals festgestellt, daß 20,6 Proz. aller Erwerbstätigen Frauen waren, und zwar in genauer Zahl über 1,5 Millionen (1925 war der Prozentsatz 35,9 Proz., nämlich 11,5 Millionen). Dazu ist noch zu bemerken, daß nebenberufliche Tätigkeit in diesen Zahlen nicht enthalten ist. Angesichts dieser wirtschaftlichen Entwicklung war es für die Frau ein unglücklicher Umstand, daß ihre Hineinbeziehung oder besser gesagt ihre zwangsweise Hineinpressung in das Erwerbsleben sie in einen besonders ungünstigen Entwicklungsaugenblick traf. Die Frau sollte vollwertiges Mitglied der Wirtschaft sein und war bisher nur als ein schönes weibliches Haustierchen gehalten worden; ihre geistige Entwicklung war von der des Mannes meilenweit entfernt, und die eigene Einstellung der Frau zur gesellschaftlichen Umwelt war eben durch ihre Stellung als Hausfrau bedingt.

Europa hat einen Frauenüberschuß von 18 Millionen.

Der Frauenüberschuß in Europa wächst. Nach den neuesten Statistiken hat Europa 18 Millionen mehr Frauen als Männer. In Deutschland beträgt der Frauenüberschuß 2,2 Millionen. Den größten Frauenüberschuß hat neben Rußland Portugal aufzuweisen, soweit man das Verhältnis zur Einwohnerzahl in Betracht zieht. Dieser Frauenüberschuß schafft selbstverständlich große und wichtige Probleme. In erster Reihe wird dadurch der Arbeitsmarkt stark beeinträchtigt. Besonders die Städte sind darum sehr frauenreich, da hier die Beschäftigung von Frauen großen Umfang angenommen hat. Auf 100 männliche Arbeiter kommen z. B. in Breslau nicht weniger als 122 Frauen, in Berlin 118, in Hannover dagegen nur 103. Dagegen ist verhältnismäßig frauenarm, ebenso wie Westfalen, da die dortige Beschäftigung mehr Männer erfordert als Frauen. Auch Hamburg hat nicht einen derartigen Frauenüberschuß aufzuweisen, wie die anderen großen Städte. Auf dem Lande in Mecklenburg und Pommern gibt es sogar zahlreiche Bezirke, in denen ein Männerüberschuß vorhanden ist. Das gleiche findet sich in Württemberg, wo andererseits wiederum andere Bezirke einen großen Frauenüberschuß aufzuweisen haben. In München war bei der letzten Statistik der Frauenüberschuß ungefähr 8 Proz. groß. Andere ländliche Bezirke dagegen haben in Bayern nur sehr geringen Frauenüberschuß, hin und wieder sogar einen Ueberschuß an Männern. Ein zweites Problem, das vielleicht noch größere Bedeutung für die Frauen hat, als das Gebiet der Arbeit, ist die Frage der Heiratsaussichten, die durch den Frauenüberschuß besonders brennend geworden ist. In Deutschland ist im Gegensatz zu den meisten anderen europäischen Staaten der Frauenüberschuß erfreulicherweise stark zurückgegangen. Die Anzahl der Knabengeburtten verhält sich in Deutschland zu der Zahl der Mädchengeburtten wie 106 : 100. Das war allerdings früher auch schon so. In früheren Jahren war aber die Sterblichkeit der Knaben größer, als heute. Im Zusammenhang mit der größeren Lebensdauer der Menschen ist auch die Tatsache der geringeren Säuglingssterblichkeit fest-

volle Aufzuchtung des Grundlohnes vier Wochen vor der Niederkunft.

In einem besonderen Fall im sächsischen Bericht heißt es: „Eine schwangere Hausarbeiterin wurde auf die Wöchnerinnenunterstützung aufmerksam gemacht und ihr dringend empfohlen, mit Rücksicht auf ihre körperliche Schwäche und der in den nächsten Tagen bevorstehenden Entbindung ihre Beschäftigung aufzugeben. Einer Einstellung der Arbeit während der sechs Wochen nach der Niederkunft stand die Hausarbeiterin jedoch ablehnend gegenüber. Die Frau war infolge zu geringen Verdienstes nicht der Krankentasse zugeführt worden, sondern steuerte freiwillig. Um die schulpflichtigen Kinder, von denen ein zwölfjähriger Junge an Mindergrößenkrankung litt, vor Ausnützung zu schützen, wurde die Wohlfahrtspflegerin ersucht, die Einhaltung des Wöchnerinnenschutzes zu überwachen.“

Im Württembergischen Bericht heißt es u. a.: „Beobachtungen darüber, ob und inwieweit von dem Recht der Arbeitsniederlegung vor der Niederkunft Gebrauch gemacht wurde, ergaben, daß bei einer größeren Krankenkasse des Landes im Jahre 1929 von 259 Schwangeren überhaupt nur 17, bei einer großen Firma mit vorwiegend weiblicher Beschäftigung von 70 nur 5 die erweiterte Wochenhilfe (6 Wochen vor der Niederkunft) durch Antragstellung in Anspruch genommen haben. Ähnliche Mitteilungen wurden auch von anderen Krankenkassen gegeben. Bei den Besichtigungen selbst wurde die Wahrnehmung gemacht, daß die Frauen bei normalen Gesundheitsverhältnissen das Bestreben hatten, solange als möglich am Arbeitsplatz auszuhalten, um nach der Niederkunft längere Zeit Erholung zu haben. Doch wurde auch von einer Anzahl Frauen bekannt, daß sie 3, 4 und 5 Wochen vor der Niederkunft mit der Arbeit aussetzten, dies besonders dann, wenn sie über die neuen gesetzlichen Bestimmungen aufgeklärt worden waren. Im allgemeinen waren aber die Bestimmungen des neuen Gesetzes nicht genügend bekannt, um sich voll auswirken zu können. Außerdem spielten bei der Arbeitsniederlegung die im Berichtsjahre besonders in Erscheinung tretenden, zum Teil recht ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse mancher Arbeiterfamilien eine große Rolle. Bei Arbeitslosigkeit des Mannes wurde z. B. die Beobachtung gemacht, daß die Frau die Arbeit solange als möglich fortsetzte, um neben dem Arbeitseinkommen auch noch das Wochenlohn zu erhalten.“

Ein Professor der Nationalökonomie schrieb damals über die Frau folgendes: „Der Mann will ein Wesen, das ihn nicht bloß liebt, sondern das ihn auch versteht. Er will jemanden, dem nicht bloß das Herz für ihn schlägt, sondern dessen Hand ihm auch die Stirn glättet, der in seiner Erscheinung den Frieden, die Ruhe, die Ordnung, die stille Herrschaft über sich selbst und die tausend Dinge ausstrahlt, zu denen der Mann täglich von der Arbeit zurückkehrt. Er will jemanden, der um alle diese Dinge jenen unaussprechlichen Duft der Weiblichkeit verbreitet, der der belebende Inhalt für das Familienheim ist.“ In bitterer Ironie bemerkt August Bebel zu diesem Ertrag, daß sich in diesem Lobgesang auf die Frau sich ihre tiefe Erniedrigung und der niedrigste Egoismus des Mannes offenbart. Bebel sagt wirklich: „Der Herr Professor malt ganz unwillkürlich die Frau als dutendes Wesen, das dabei doch mit den nüchternen praktischen Rechenkünsten ausgestattet ist, das SOLL und DABEN des Haushaltes im Gleichgewicht zu halten, im übrigen aber zephyrartig wie der holde Frühling um den Herrn des Hauses, den geliebten Löwen, schwebt, um ihn jeden seiner Winde an den Augen abzulesen und mit der „kleinen weichen Hand“ ihm die Stirn glättet, die er, der Herr aller Dinge und des Hauses, vielleicht im Fröhlich über seine eigene Dummheit runzelt.“ So glorifiziert Bebel diese Ansichten über die Stellung der Frau. Es sind die Ansichten des typischen Ehehebers, des weitverbreitetsten Typus des europäischen Mannes jener Tage — auch heute ist er noch nicht ausgestorben —, es ist das typische Bild vom Verhältnis der Geschlechter, das typische Bild der ideologischen Situation der Frau zu Beginn ihres Mitwirkens an außerfamiliären Schaffen in Staat und Gesellschaft. Die Stellung der Frau wurde anders, als infolge der wirtschaftlichen Entwicklung des beginnenden Industrialismus die Menschen in den Industriezentren zusammengetrieben wurden und das frühere Heim für die arbeitenden Mitglieder der Familie zur Schlafstelle wurde.

Der Zusammenstoß der neuen Entwicklung und der alten Ansichten findet seinen Niederschlag in der Gleichung von Sexualität und Mütterlichkeit, in dem Aufkommen der doppelten Moral, in der Zusammenziehung der weiblichen Sexualität und in allen jenen merkwürdigen Verdrängungen der gesellschaftlichen Konvention im allgemeinen und der Erziehung des jungen Mädchens im besonderen. Die Frau steht sich nun, bedrängt einerseits durch die wirtschaftlichen Notwendigkeiten ihres Eintritts in das Berufsleben, andererseits eingewängt in die Zwangsjacke der spießbürgerlichen Geschlechterideologie zur Wehr, um für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Ziel dieses Kampfes war zunächst die rechtliche Welterstellung der Frau, besonders bessere Gestaltung der weiblichen Arbeitsbedingungen. Wir haben alle die ersten Phasen dieses Kampfes gesehen. Heute erkennen wir schon die ersten sozialerziehenden dieser Auseinandersetzung zwischen Mann und Frau. In einem nächsten Aufsatz sollen diese näher untersucht werden.

Walter Pitt, Berlin.

zustellen, die den Knaben ebenso zugute kommt, wie den Mädchen. Es ist also anzunehmen, daß der Frauenüberschuß erheblich abnimmt und bei dem Heranwachsen der jetzigen Jugend noch stark vermindert werden wird. Die Heiratsaussichten werden dadurch für die Frauen günstiger werden. Auch heute hat Deutschland verhältnismäßig sehr viel Heiraten aufzuweisen. Die Heiratsfreudigkeit der deutschen Männer ist in den letzten Jahren beträchtlich gestiegen, so daß dadurch die durch den größeren Frauenüberschuß geringer gewordenen Heiratsaussichten der Frauen fast wieder ausgeglichen worden sind. Während vor dem Kriege auf 1000 Einwohner in Deutschland durchschnittlich im Jahre 8 Eheschließungen kamen, stieg diese Zahl im letzten Berichtsjahr auf durchschnittlich 8,8 Ehen. In den großen Städten erreichte sie sogar 9,5 Ehen. Daraus geht hervor, daß sich die Heiratsfreudigkeit stark gehoben hat. Aus diesem Grunde ist auch der Anteil der verheirateten Frauen auf 100 berechnet trotz des Frauenüberschusses nicht erheblich geringer geworden als in der Vorkriegszeit. Es ist festzuhalten, daß weder Wohnungs- noch wirtschaftliche Krisenzeiten die Heiratskultur eindämmen konnten. Es hat sich gezeigt, daß der Drang des Deutschen nach Gründung einer Familie durch die rauhen Kriegsjahre nicht vermindert, sondern vermehrt worden ist. Wenn auch hin und wieder ein kleines Abebben der Heiratsfreudigkeit der Männer in manchen Bezirken festzustellen ist, so läßt sich dies ohne große Mühe mit der steigenden Schwierigkeit erklären, für eine Familie Wohnung und Unterhalt zu schaffen. Aber man darf nach den Erfahrungen auf diesem Gebiete schließen, daß diese Erscheinungen nur vorübergehender Natur sind. Ueberdies sind sie nicht in allen Teilen Deutschlands zu beobachten, denn auch bei uns gibt es Bezirke von größerer und von geringerer Heiratsfreudigkeit. Die Fortschritte der medizinischen Wissenschaft bei der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit werden noch das ihrige dazu tun, um die Probleme des Frauenüberschusses an Bedeutung verlieren zu lassen.

UNTERHALTUNG U. WISSEN

Vorher — Hernach. Die Geschichte eines Findlings.

Von Erich Herrmann.

(Nachdruck verboten.)

Der Alte reichte seine Arme aus und umfing Andreas um die Knie.

„Endlich! Endlich!“ stammelte er. „Seit dem Ende des Krieges sehe ich den Tag über hier. Ich wußte, daß du wiederkommen wirst. Warum Wieszka Wojak hat es doch drohbezeit. Endlich! ... Endlich! ... Es ist gut, daß du gekommen bist.“

Jaschu Gonschorech tastete nach seinem Stocke und richtete sich schmerzhaft auf.

„Ich seh' fast nicht mehr ... Das Alter!“

Andreas griff ihm unter die Arme. Dann führte er ihn auf den Berg.

„Nun ist ja alles wieder gut!“ redete der Alte fort. „Gelt, der Krieg war schlimm? Und niemals bis du in den Jahren heimgekommen ...“

„Und Wozowow?“ fragte Andreas.

„Morgen erzähl' ich dir davon. Heute mußt du ausruhen von der Fahrt. Meister Schirmer wird sich freuen. Er ist ganz stolz, daß du Feldwebel geworden bist und so viele Orden hast ...“

„Du bist du gewachsen? Hast du einen Bart? ... Das waren schwere Tage für dich, gelt? ...“

„Im Armenhause ... Es soll nicht schön sein ... Aber ich seh' ja nichts mehr davon ... Komm, wir gehen zu Meister Schirmer ...“

Sie gingen nach der Stadt zu. Sie sah fremd und verändert aus. Die Straßen waren zerfahren und staubig. Da und dort stand ein neues Haus. Auf den freien Plätzen von früher waren Baracken und Schuppen zu sehen. Die Viehweide mußte Flugplatz gewesen sein. Einige große Schuppen deuteten darauf hin. Es herrschte ein regeres Leben als einst, da Andreas sein Bündel geschmürt hatte. Soldaten, Sanitäter, Posten, Feldwebel, Dolmetscher, Leichtverwundete begegneten ihnen auf allen Gassen.

Vor dem Markte warf Andreas einen raschen Blick nach der Seitenberggasse hinüber, als müßte er erfahren, ob das Apothekerhaus noch auf seinem Fleck stünde. Es stand mit seinem hohen Giebel in aller beschaulicher Ruhe.

„Gute Abend!“ gelobte sich Andreas im Stillen.

Meister Schirmer stand in der Tür. Als er die beiden kommen sah, rief er zur Werkstatt hinein: „Mutter! Er kommt!“

Dann kam er ihnen entgegen. Sein Gruß war herzlich und aufrichtig. Das Gesicht strahlte vor Freude.

„Das Mittagessen ist vorbei“, bedauerte er in der Werkstatt, „aber Mutter kocht Kaffee und“, er dämpfte seine Stimme und sah sich vorsichtig um, „es gibt auch noch ein weißes Brot und ein Stück Butter, um in den Rauchfang hängt auch noch verrostet ein Schinken. Weißt du, Andreas, als du vor vier Jahren weggegangen bist, wollte dir die belegte Schmitze, die dir Mutter zurechtgemacht hatte, nicht hinuntergleiten. Heute wirst du wohl eine andere Menge schlagen. Wir sind alle nicht mehr verwöhnt ... Und wie stämmig du geworden bist. Etwas mager. Aber gesund und reich in der Farbe ...“

„Nun leg' ab ... Du kommst wieder nach deiner Kammer. Während deiner Abwesenheit waren allerdings viele Geiellen drin. Manchmal drei und in der anderen Kammer vier. Es gab zu schulen. Seit Kriegsende ist das anders geworden. Ich habe im Augenblick so gut wie keine Arbeit. Gelegentlich kommen ein paar Bauern, die Aussteuer wünschen. Es wird schon wieder anfangen. Wir können's auch eine Weile aushalten. Wir haben gut verdient.“

Er klopfte mit Stolz auf die Kofentafel, in der zwar nichts klumperte, aber Andreas verstand die Geste.

„So! Mein, hierher, auf den Ehrenplatz!“ nötigte er. Mutter Schirmer brachte schon die guten Tassen.

„Und nun erzähle ein bißel!“

Gegen Abend richtete sich Andreas die Kammer her. Sorgfältig verstaute er seine Tagebücher und Anzeichnungen in die Kiste. Obenauf lag sein letzter Brief an Lisa, der im Schreiben zu einem Ausschütten der dunklen und dumpfen Zweifel geworden war. Er fuhr stieflosend mit der Hand über die gelben Blätter. Er mußte über die unangenehme, läubliche Handchrift lächeln und dachte an seine jetzigen festen Züge. Dabei lagen nur wenige Jahre dazwischen.

„Vollgepfropft mit wilden und seltsamen Erlebnissen!“ murmelte er vor sich hin.

„Nun bring' ich Jaschu nur noch in eine Behausung“, sagte er unten zum Meister und rüstete sich zum Weggehen.

„Durchs Gartentor kommst du immer wieder herein.“

Andreas meinte ab, als sei eine solche Mitteilung unnötig, aber er wollte nur nicht betonen, daß er, wenn es das Glück gab, die Stadt über fortblieb.

Meister Schirmer winkelte wieder mit den Augen.

„Du wirst doch nicht gleich wieder heimkommen“, rief er eifrig. „Geh nur einmal in den 'Grünen Baum'. Zeig' dich dort. Komm einen Friedenstrunk. Ich komm' dann auch einmal auf ein Glas Bier hin. ...“

„Man weiß von dir. In der Zeitung stand's, als du das Eisener Kreuz bekamst, und dann hast du eine ganz lange Zeit, wie du dir das Eisener Kreuz erster Klasse verdient hast. Von deiner Rettungsmedaille sprech' jetzt der Pastor in der Kirche.“

„Ja!“ brummte Andreas dazwischen.

„So! Es ist so, wie ich's sage“, versicherte der Meister eifrig. Er feste lang und breit auseinander, daß der Krieg das Gute im Menschen nicht tötet, daß er vielmehr die Selbstlosigkeit, Tapferkeit, Hingabe, kurz, alle edlen Tugenden, weckt. Und man sieht es ja auch wirklich an dir. Wenn du in den Armenheim eintrittst, wachen sie dir das Vermando geben. Der Richter Karabier hat es am Stammstück im 'Grünen Baum' öffentlich gesagt. Also geh mal hin und zeig' dich. Du wirst wissen, wie sie dich empfangen. Eine Lage zeh' der andere. Der Amtsrichter kann sich's leisten. Er war während des Krieges Kriegsgerichtsrat. Belohnung doppeltes Gehalt.“

Andreas stand schon in der Tür. Er grüßte Jaschu unter den Armen und führte ihn durch die dunkle Gasse zum Z. ...

„Mit wenigen Worten nahm er Abschied und verabschiedete sich morgen wieder nach Hause. ...“

„Mit raschen Schritten lief er dann nach der Seitenberggasse. ...“

„Nun war die Erfüllung der langen, heimlichen Träume ...“

„Was es nicht so, als hätte er bereits eine ganze Nacht hindurch Lisa im Arm gehalten, einen jungen, warmen Mädchenkörper an sich gepreßt? ...“

„Das Bild veränderte sich in eins. Er sah Lisa, die er sich bei allem Bewußtsein nicht mehr verabschieden konnte, mit der Geküßelten Gertrud. ...“

„Was das aber nicht unsere letzte Nacht gewesen? Er schüttelte den Kopf, um den Gedanken loszuwerden.“

„Nun!“ entsetzte er sich, das war immer nur sie ...“

„Lisa! Die Schmachdämonin vor. Ich küßte Gertrud nur in der Zeit und sie in Gertrud. Das Verlangen, so lange zurückzublicken, war übergewaltig. Das Herz schlug in heißen Begehren.“

„Er hand vor der Ecke zur Seitenberggasse. Aus der Apothekerstube fiel noch ein schwacher Lichtschein. Auch das Kammerfenster unter dem schwebenden Dach leuchtete noch hell. Ein Schatten schob sich darüber und zeichnete sich klar und scharf auf dem weißen Vorhang ab. ...“

„Auf dem weißen Vorhang ab. Andreas pfliff. Zuerst verschämt und leise. Niemand kam an das Fenster. ...“

„Ob sie den langvergeßenen Pfiff überhörte? Er pfliff lauter. Aus einem Giebelfenster des gegenüberliegenden Hauses lehnte sich ein Mädchen weit heraus und sah über die Straße hinunter. ...“

„Dann rief es aus dem Fenster: 'Mariel! ... Mariel!' Sofort wurde das Fenster geöffnet. Ein fremdes Gesicht erschien. Die beiden Mädchen unterhielten sich über die schmale Gasse hinweg.“

„Dein Liebster steht unten!“ hörte Andreas die eine sagen. Er überlegte, als das Kammerfenster leise geschlossen wurde, ob es nicht besser für ihn sei, heimlich zu verschwinden. ...“

„Doch wie kam er da zu einer Geistesfreiheit? Er trat aus dem Häuserschatten und stellte sich in die Doreinfahrt des Apothekershauses. Rasche Schritte kamen die Treppe hinunter, den Gang entlang. ...“

„Ein fremdes Mädchen stand vor ihm.“

„Das sind Sie ja gar nicht!“ sagte sie verwundert und ärgerlich.

Andreas entschuldigte sich und fragte nach Lisa Mädlein. „Ich bin erst seit Michael hier“, erwiderte sie eifrig. ...“

„Wer war bei Apothekers eine Martha und vor der eine ...“

„eine ... ich kann mich nicht mehr auf den Namen erinnern, aber Lisa Mädlein hieß sie nicht. Der Apotheker ist doch erst zwei Jahre hier. Der frühere ist im Kriege gestorben.“

Sie erzählte unbekümmert und schickte verliebte Blicke zu Andreas. Der dankte sich höflich und ging wieder nach dem Markte. Einen Augenblick schaukte er, ob er nicht dem Rats des Meisters, im 'Grünen Baum' einen Willkommensstrunk zu halten, folgen sollte. Es war nun doch alles vorbei.

Aus den Fenstern des 'Grünen Baum' fielen helle Lichtvierecke auf den Bürgersteig. Sicher steckte die Gaststube voller Menschen. Wenn es zuträfe, was der Meister gesagt hätte, konnte es ein lustiger Abend werden. Der schwemmte dann

auf dem weißen Vorhang ab. Andreas pfliff. Zuerst verschämt und leise. Niemand kam an das Fenster. Ob sie den langvergeßenen Pfiff überhörte? Er pfliff lauter. Aus einem Giebelfenster des gegenüberliegenden Hauses lehnte sich ein Mädchen weit heraus und sah über die Straße hinunter. Dann rief es aus dem Fenster: 'Mariel! ... Mariel!' Sofort wurde das Fenster geöffnet. Ein fremdes Gesicht erschien. Die beiden Mädchen unterhielten sich über die schmale Gasse hinweg.

„Dein Liebster steht unten!“ hörte Andreas die eine sagen. Er überlegte, als das Kammerfenster leise geschlossen wurde, ob es nicht besser für ihn sei, heimlich zu verschwinden. Doch wie kam er da zu einer Geistesfreiheit? Er trat aus dem Häuserschatten und stellte sich in die Doreinfahrt des Apothekershauses. Rasche Schritte kamen die Treppe hinunter, den Gang entlang. Ein fremdes Mädchen stand vor ihm. „Das sind Sie ja gar nicht!“ sagte sie verwundert und ärgerlich.

Andreas entschuldigte sich und fragte nach Lisa Mädlein. „Ich bin erst seit Michael hier“, erwiderte sie eifrig. „Wer war bei Apothekers eine Martha und vor der eine ...“

„eine ... ich kann mich nicht mehr auf den Namen erinnern, aber Lisa Mädlein hieß sie nicht. Der Apotheker ist doch erst zwei Jahre hier. Der frühere ist im Kriege gestorben.“

Sie erzählte unbekümmert und schickte verliebte Blicke zu Andreas. Der dankte sich höflich und ging wieder nach dem Markte. Einen Augenblick schaukte er, ob er nicht dem Rats des Meisters, im 'Grünen Baum' einen Willkommensstrunk zu halten, folgen sollte. Es war nun doch alles vorbei.

Aus den Fenstern des 'Grünen Baum' fielen helle Lichtvierecke auf den Bürgersteig. Sicher steckte die Gaststube voller Menschen. Wenn es zuträfe, was der Meister gesagt hätte, konnte es ein lustiger Abend werden. Der schwemmte dann

mit einem Zuge die innere Fassade hinter sich. Im Kreise lustiger Menschen, bei Lachen und Erzählen kam man leichter über die bittere Enttäuschung hinweg.

Doch ihm graute plötzlich vor dem Zwange zum Erzählen. Konnte man eigentlich vor neugierigen Ohren über die Jahre, die man dahinten lagen, sprechen? Stand es einem an, davon mit gewichtigen und eindringlichen Worten zu erzählen, was man getan: das Alltägliche, Bemühtende, Schauerliche, Aufwühlende? Oder von diesem oder jenem gefährlichen Unternehmen, das fast immer hinter dem fragenden Befehle lag: Freiwillige vor! Am Bauquais, an der Serre, am Chemin, bei Festhubert? Rührlich! Davon konnte man drei Tage hernach noch im Graben, bei der Hindenburgkaserne im Unterland oder im Ruhequartier mit den Kameraden reden, die um die Dinge wußten. Sonst nicht. Vor Fremden überhaupt. Und für Stappenbedenken war jedes einzelne Wort zu schade. Dies Erleben der letzten Jahre gleich dem aufgerührten Wasser. Wann würde es sich setzen, klären, eine Durchsicht ermöglichen?

Schon heute nachmittag hatte er es listig zuwege gebracht, daß der Meister ins Neben kam und von den vielen kleinen und großen Dingen, die dabei vor sich gegangen waren, umständlich berichtete. In diesem behändigen und verknüpfenden Neben baute sich eine unbekannte, erschütternde Welt vor Andreas auf. Er tastete jedem einzelnen Worte nach und empfand mit Grauen den Bestand der Bier, den gleitende Worte verdecken sollten. Das war ja in der Heimat ein schlimmeres Versteckspiel und Verträgen gewesen als drüben an der Front! Gemeinsam für Heimat und Schammutrichter und Schützengraben blieb nur die um sich freßende Unwahrscheinlichkeit, der täuschende Schein, die bewußte Verstellung und das schweis Aneinander-Vorbeifahren.

(Fortsetzung folgt.)

Buch und Arbeiterschaft.

Keine Klasse unserer Gesellschaft, keine Schicht unseres Volkes braucht das Buch notwendiger als die Arbeiterklasse. Wenn der Arbeiter seinen „Bildern“ will, muß er zum Buche greifen. Das Buch ist für ihn, dem die Volksschule nur ein gewisses Maß von Kenntnissen, aber keine Bildung mitgab, das am leichtesten erreichbare und in Anbetracht der dafür aufzuwendenden Mittel auch das billigste und wirkungsvollste Bildungsmittel. Gewiß gibt es noch andere Bildungsmöglichkeiten: das Leben, die Berufarbeit, die Presse, Vorträge, Schulungstourne, Wandern, Reisen, Sehen, Schauen. Aber auch hier sind die Bücher die wichtigsten Hilfsmittel. Ohne Bücher verfehlen jene Bildungsmöglichkeiten ihr Ziel, bleibt die Vertiefung aus. Ein gutes Buch ist bestimmt besser als ein schlechter Lehrer.

Bücher sind die Speicher der wertvollsten menschlichen Gedanken. In den Buchstabenreihen ist der menschliche Geist gebannt. Er wird erlöst durch den lebenden Menschen, durch den Geist, der den Geist des Denkers, des Dichters, des Gelehrten, des Schriftstellers begreift und versteht. Für den nichtverstehenden Menschen sind Bücher nur eine Ansammlung von bedrucktem Papier, Kirchhöfe, menschlicher Gedanken, Gedankenleichenhügel. Für den verstehenden aber sind Bücher sehr lebendig, oft lebendiger, eindrucksvoller, tiefer wirkender als lebende Menschen.

Unsere gesamte Kultur in allen ihren Ausstrahlungen beruht auf den in Büchern niedergelegten Gedanken. Wir können uns unsere Kultur ohne Bücher nicht vorstellen. Wissenschaft, Philosophie, Dichtung, Kunst, Technik, Wirtschaft oder irgendein Zweig menschlicher Tätigkeit sind in ihrer gegenwärtigen Entwicklungshöhe ohne Bücher nicht denkbar. Die menschliche Kulturentwicklung ist mit der Enttiefung der Vorklassiker in den südlichen Meeren zu vergleichen. Ein Geschlecht baut auf das andere und schafft an dem Werk, das zugleich ihr Lebenswerk und Totenmal ist. In der Kulturentwicklung baut ebenfalls ein Geschlecht auf das andere. Da stehen immer die Kinder auf den Schultern ihrer Eltern und Vorfahren, und ein Volk baut dort weiter, wo das andere zu schwach wurde, das Werk des Geistes zu fördern. Das Beste davon, was in der Vergangenheit der Menschheit geschaffen worden ist und in der Gegenwart geschaffen wird, finden wir in den Büchern niedergelegt. In dem Streben des Menschen nach Fortschritt bedeutet das Buch eine Leuchte, die von einer Hand in die andere wandert, als ein Erbe, das eine Generation der anderen weitergibt und ohne die der Geist ins Nichts versinken müßte.

Angeheure geistige Energien sind von Büchern ausgegangen. Sie haben nicht nur tiefgehende Umwälzungen in den Gehirnen der Menschen hervorgerufen, sie wirken als Ausfluß der Willensenergie ihrer Verfasser auf die Gestaltung des Gemeinheitslebens bis in die fernste Zukunft. So hat die Entdeckung und das Wiederbekanntwerden der verschollenen philosophischen Schriften der alten Griechen im Mittelalter die unter dem Namen „Renaissance“ bekannte Kulturbewegung ausblühen lassen. Die Humanisten jagten ihre Kraft aus der Weisheit, die in den Schriften Platos und Aristoteles verborgen sind. Erasmus von Rotterdam, Ulrich von Hutten und viele andere waren die Wegbereiter der sogenannten „Reformation“. In Wirklichkeit war aber die Geistesbewegung, die von ihnen ausgeht, eine viel tiefer wirkende Reformation des Geistes als die kirchlich-protestantische. Sie ist der Schöpfer der wissenschaftlich-kritischen Denkungsart, die an den Autoritätsgebirgen überhaupt rüttelte. Oder erinnern wir uns an die Schriften Rousseaus und Voltaires, die gegen den Urheber der französischen Revolution, ohne Rousseau ist weder der moderne Liberalismus noch der Sozialismus denkbar. In seinem „Geistesvertrug“ finden wir schon die schärfste Kritik des Privatigentums. Das geistige Zentrum der deutschen klassischen Philosophie und Dichtung aus dem immer noch starke, bis in die Gegenwart wirkende Energiestrome fließen, hätte nicht entstehen können ohne die Bücher Platos und der anderen griechischen Philosophen, ohne Rousseau, Spinoza und Leibniz. Wir sind an das Hauptwerk von Karl Marx „Das Kapital“. Im Mittelpunkt des Weltkrisens zwischen Kapitalismus und Sozialismus steht dieses eine Buch, das wiederum zehntausende andere Bücher gezeugt, dessen Geist 1000jährige Fesseln ungestürzt und neue aufbaut. Bedarf es noch eines besseren Beispiels für die unachtere Bedeutung des Buches als die Erinnerungen an die Wirkungen, die von diesem Buch ausgegangen sind und noch ausgehen?

Mit den Büchern geht es aber ebenso wie mit vielen anderen guten Dingen: Es wird Mißbrauch mit ihnen getrieben. Wenn Gutenberg, der Erfinder der Buchdruckerkunst als Lichtbringer gefeiert wird, so hat es gewiß seine Berechtigung. Aber vergessen wir nicht: seine Erfindung kann auch dazu benutzt werden, die Finsternis zu verbreiten und zu erhalten. Die Wirkung des freibeitlichen Buches kann durch das reaktionäre Buch aufgehoben werden. Das bedeutsamste und wirkungsvollste

Abwehrmittel der Mächte der Finsternis und Reaktion ist wiederum das Buch.

Um aus dem Buche den größten Nutzen zu ziehen, müssen wir eine richtige Auswahl treffen, eine Auswahl, die unserem Willen, unserem Streben, unserem Charakter, unserem geistigen Verständnis gemäß ist. Zur Auswahl zwingt uns 1. die ungeheure Zahl der vorhandenen Bücher und der täglich neu erscheinenden, 2. unsere beschränkte Zeit, 3. unsere beschränkten Mittel, die wir als Arbeiter mit spärlichem Einkommen zum Bücherkauf aufwenden können. Alljährlich werden in Deutschland etwa 85 000 neue Bücher gedruckt. Weist doch Deutschland den Ruhm, das Land der Welt zu sein, in dem die größte Zahl neuer Bücher gedruckt wird. Schon allein über den Sozialismus erscheinen alljährlich in Deutschland Hunderte von neuen Büchern. Ueber Goethe, Schopenhauer, Karl Marx sind bereits zehntausende von Büchern erschienen.

Unsere Zeit, unsere Aufnahmefähigkeit, unsere Mittel sind beschränkt, wir dürfen deshalb nur eine verhältnismäßig kleine Zahl guter Bücher lesen. Wir müssen eine sorgfältige Auswahl treffen. Für Bücher aus der Vergangenheit ist die Auswahl guter Bücher verhältnismäßig leicht. Da ist der gute Geschmack und das kritische Urteil zur Entscheidung gekommen, und wir können uns ihm im allgemeinen unterwerfen. Die schlechten Bücher der Vergangenheit sind von dem Sturm der Zeit gestoben in alle Winde. Nur die guten Bücher sind geblieben. Diese guten Bücher der Vergangenheit wirken auf uns wie Denkmäler der früheren Zeit. Sie wirken durch die Reinheit ihres Stiles, durch die Vollheit des Geistes, in dem sie geschrieben sind. Ist schon in meinem Leben, wenn ich solch ein altes weises Buch in die Hände nahm, das einen Markstein in der Geschichte menschlicher Erkenntnis bedeutete, überkam mich das Gefühl der Ehrfurcht. Solche Augenblicke lehrten mich verstehen, wenn der berühmte Machiavelli, als er in der Verbannung auf einem Bauernhofe lebte, sein bestes Staatskleid anlegte, bevor er nach getaner Bauernarbeit zu seinen Büchern ging.

Leider ist die gegenwärtige Zeit wenig geeignet, solche ehrfürchtige Stimmung beim Lesen aufkommen zu lassen. Die Unruhe unserer Zeit und auch die Bücher, die diese Zeit hervorbringt, verhindern das. Und leider ist auch ein großer Teil der modernen Bücher nicht mit der gleichen Sorgfalt geschrieben wie die guten Bücher der Vergangenheit. Bei vielen modernen Büchern hat man die Empfindung, als ob sie der Verfasser in die Schreibmaschine diktiert und hintennach etwas zurechtgeflickt hat. Es fehlt bei ihnen die feine, allerdings mühevolle Durcharbeitung jedes einzelnen Satzes. Es fehlt die Formensönheit des Satzbaues, die Vollendung des Stils, die die Worte aneinanderreihen wie Perlen auf der Schnur.

Hier hat die Buchkritik eine große Aufgabe. Sie muß durch ihre unbestechliche rüchichtslose Kritik eine Warnungstafel für alle unberufenen Buchmacher errichten. Leider herrscht gerade in der öffentlichen Buchkritik eine fürchterliche Verantwortungslosigkeit. Oft genug werden anstatt einer rüchichtslosen Kritik lobhudeln, von Verleger verfaßte „Wachzettel“ von der Presse veröffentlicht. Es ist dies ein Stück öffentlicher Korruption, das nicht scharf genug gepeinelt werden kann.

Ganz besonders müßte die Buchkritik in der Arbeiterpresse gepflegt werden, um die Arbeiterschaft vor dem Kauf und der Lektüre minderwertiger oder gar schlechter Bücher zu schützen. Gewiß wird z. B. in der „Bücherwacht“ Mutterhaftes an Buchkritik geleistet. Ihre Verbreitung ist aber nur auf einen verhältnismäßig kleinen Kreis beschränkt, sie dringt nicht weit genug in die Massen.

Die Buchkritik der Arbeiterpresse müßte auch die Arbeiterschaft mit den wichtigsten Neuerscheinungen der Literatur weit mehr bekanntmachen, als es jetzt geschieht, wobei die gute bürgerliche Literatur keineswegs auszuschließen ist. An den Werken ihrer besten Vertreter können wir, die wir an der Peripherie der bürgerlichen Kultur wohnen und von der Notwendigkeit einer eigenen sozialistischen Kultur überzeugt sind, erst ermessen, wie weit noch dieser Weg ist, welcher ungeheuren geistigen Auftriebs es bedarf, um von der Abhängigkeit zur kulturellen Selbstständigkeit zu kommen. Hierzu müßte vor allem das sozialistische Buch noch mehr verbreitet werden. Aber nicht nur Bücher, die Geschichte und Technik der politischen und wirtschaftlichen Organisationen behandeln, sondern auch das Menschliche des kämpfenden, lebenden, liebenden, proletarischen Menschen in all seiner Not und seinem Hoffen darzustellen. Manches Gute ist hier schon geschaffen, wobei ich besonders an das Vorbildliche denken, was „Bücher gelbe“ und „Bücherkreise“ und eine Reihe Arbeiterverlage geschaffen haben. Viel Schlechtes ist dadurch verdrängt worden. Aber das ist erst der Anfang. Viel mehr muß noch geschehen, um Buch und Arbeiterschaft zusammenzubringen, denn wir bedürfen gegenwärtig mehr als je des sozialistischen Buches als Waffe im Kampfe gegen die geistige Vernebelung der Hirne durch die Reaktion. Gustav Riemann.